

Geschäfts- und Nachhaltigkeitsbericht



Sparda-Bank

Sparda-Bank Baden-Württemberg eG

Inhalt

Geschäftsbericht	3
Organe	4
Lagebericht	5
Jahresbilanz	18
Gewinn- und Verlustrechnung	20
Anhang	21
Bestätigungsvermerk	32
Bericht des Aufsichtsrates	38
Nachhaltigkeitsbericht	41
Strategische Analyse und Maßnahmen	43
Wesentlichkeit	44
Ziele	45
Tiefe der Wertschöpfungskette	45
Verantwortung	46
Regeln und Prozesse	46
Kontrolle	46
Anreizsysteme	48
Beteiligung von Anspruchsgruppen	49
Innovations- und Produktmanagement	50
Inanspruchnahme von natürlichen Ressourcen	51
Ressourcenmanagement	52
Klimarelevante Emissionen	54
Arbeitnehmerrechte	55
Chancengerechtigkeit	56
Qualifizierung	57
Menschenrechte	60
Gemeinwesen	61
Politische Einflussnahme	63
Gesetzes- und richtlinienkonformes Verhalten	64
Impressum	67



Geschäftsbericht 2017



Organe der Bank



Aufsichtsrat

Lothar Krauß, Vorsitzender
Rolf Hellmann, stellv. Vorsitzender
Ralf Bott
Frank Gärtner
Ulrich Herb
Martin Herion
Jürgen Hoffmann
Ludwig Koller
Birgit Mehnert
Ottmar Netz
Jutta Rausch
Rita Renner-Achim
Gottfried Rübmann
Thomas Volkmann
Susanne Weimann

Vorstand

Martin Hettich, Vorstandsvorsitzender
Bernd Klink, stellv. Vorstandsvorsitzender
Joachim Haas
Martin Buch

Prokuristen

Markus Bernhard
Stefan Bisterfeld
Hans Daiß
Susanne Drescher
Ralf Gebhardt
Axel Kamilli
Harald Klipfel
Michael Köck
Andreas Küchle
Christian Taller

Verbandszugehörigkeit

Verband der Sparda-Banken e. V.,
Frankfurt am Main

Bundesverband der Deutschen Volksbanken
und Raiffeisenbanken, Berlin

I. Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland

1. Konjunktur in Deutschland

Aufschwung gewinnt an Dynamik

Der bereits seit dem Jahr 2013 andauernde Konjunkturaufschwung in Deutschland schritt in 2017 weiter voran und führte erneut zu einem überdurchschnittlichen gesamtwirtschaftlichen Wachstum. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) legte nach ersten amtlichen Schätzungen gegenüber dem Vorjahr um 2,2% zu und expandierte damit noch etwas stärker als in 2016 (+1,9%).

Konsum weiter zentraler Wachstumsmotor

Haupttreiber des gesamtwirtschaftlichen Wachstums waren in 2017 abermals die staatlichen und privaten Konsumausgaben. Angesichts der unvermindert günstigen Arbeitsmarkt- und Lohnentwicklung sowie der nach wie vor lediglich moderaten Teuerung der Verbraucherpreise erhöhten die privaten Haushalte ihre Ausgaben ähnlich deutlich wie in 2016 (+1,9% gegenüber +2,1%). Befördert wurde der private Verbrauch zudem durch die im Rahmen der Flüchtlingsmigration ausgeweiteten staatlichen Transferzahlungen und die merkliche Anhebung der Altersrenten vom Vorjahr, die erst 2017 voll wirkte. Von der vorgenommenen Entlastung bei der Einkommensteuer gingen hingegen kaum Effekte aus, da dieser ein Anstieg des Beitragssatzes für die gesetzliche Pflegeversicherung gegenüberstand. Der Privatkonsum war zusammen mit den Konsumausgaben des Staates, die um 1,6% stiegen, für 1,3 Prozentpunkte des BIP-Wachstums verantwortlich.

Investitionen etwas lebhafter

Nach einem eher schwachen Vorjahr nahm das Wachstum der Ausrüstungsinvestitionen etwas an Fahrt auf (+4,0% gegenüber +2,2%). Die globalen Unsicherheiten, die zuvor das Investitionsklima merklich belastet hatten, traten allmählich in den Hintergrund. Zudem machte die zunehmende Kapazitätsauslastung in der Industrie zusätzliche Investitionen notwendig und die Finanzierungsbedingungen für den Unternehmenssektor waren nach wie vor ausgesprochen günstig. Bei den Bauinvestitionen blieb das Wachstumstempo unverändert hoch (+2,7%). Insbesondere in Wohngebäude wurde angesichts der soliden Einkommenszuwächse und der niedrigen Finanzierungskosten deutlich mehr investiert.

Staat mit Rekordüberschuss

Der öffentliche Gesamthaushalt erzielte 2017 das vierte Jahr in Folge einen Finanzierungsüberschuss und schloss mit 36,6 Milliarden Euro ab, was 1,1% des BIP entsprach. Der Finanzierungsüberschuss fiel damit absolut gesehen so stark wie noch nie seit der deutschen Wiedervereinigung aus. Der Schuldenstand des Staates verminderte sich in Relation zum BIP von 68,1% in 2016 auf rund 65%.

Beschäftigungsaufbau hält an

Am Arbeitsmarkt setzten sich die günstigen Trends der Vorjahre fort. Die Anzahl der erwerbstätigen Menschen mit inländischem Arbeitsort stieg im Vorjahresvergleich um 653.000 auf rund 44,3 Millionen. Wichtigster Motor des Arbeitskräftezuwachses war weiterhin der Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten. Demgegenüber war die Zahl der Arbeitnehmer, die ausschließlich einen Minijob ausüben, und die Zahl der Selbständigen erneut rückläufig. Die Arbeitslosenzahl sank von knapp 2,7 Millionen Menschen in 2016 auf etwa 2,5 Millionen. Die Arbeitslosenquote nahm im Vorjahresvergleich um 0,4 Prozentpunkte auf 5,7 % ab und befand sich damit auf dem niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung.

Inflationsrate bleibt unter 2 %

Die Verbraucherpreise erfuhren 2017 von der Tendenz her zunächst eine Berg- und dann eine Talfahrt. Zu Jahresbeginn stieg die Inflationsrate zeitweise um über 2 %. Preistreibend wirkten dabei insbesondere der Wegfall der entlastenden Wirkung des Ölpreisrückgangs vom Winterhalbjahr 2015/2016 sowie die im Zuge schwacher Ernten in Südeuropa zunehmenden Nahrungsmittelpreise. Ab dem Frühsommer sorgten dann aber Faktoren wie die Aufwertung des Euro-Wechselkurses gegenüber dem US-Dollar, die Importe tendenziell verbilligt, und die zeitweise abnehmenden Ölpreise für einen Rückgang der Inflationsrate. Im Jahresdurchschnitt legten die Verbraucherpreise um 1,8 % zu, nachdem sie 2016 um 0,5 % gestiegen waren.

2. Finanzmärkte

Positive Stimmung an den Finanzmärkten 2017

Nach Jahren politischer wie auch wirtschaftlicher Unsicherheit besserte sich in 2017 die Stimmung an den Finanzmärkten nachhaltig. Grund hierfür war in erster Linie die Rückkehr eines robusten Wirtschaftswachstums sowohl im Euroraum als auch in den USA. Für die wachsende Zuversicht sorgte dabei vor allem das Wachstum im Euroraum. In 2017 expandierten nicht nur die Volkswirtschaften der Kern- sondern auch der Peripherie-Staaten des Währungsraumes. Die Verunsicherung an den Finanzmärkten im Zuge der Trump-Präsidentschaft oder der schwierig verlaufenden Brexit-Verhandlungen hielten sich demgegenüber in Grenzen.

Aggressivität der ultra-lockeren Geldpolitik der EZB geht leicht zurück

Die Europäische Zentralbank EZB hat in 2017 an ihrem extrem expansiven Kurs festgehalten. Die europäischen Notenbanker beließen die Leitzinsen für den Euroraum unverändert auf deren historisch niedrigen Niveaus. So blieb der EZB-Hauptrefinanzierungssatz für die Finanzinstitute des Euroraumes bei 0,0% und der Einlagensatz mit -0,4% im negativen Bereich. Darüber hinaus setzte die EZB ihr Anleiheaufkaufprogramm fort. So kaufte die europäische Notenbank bis einschließlich März im Rahmen ihres Asset Purchase Programs (APP) monatlich Wertpapiere im Wert von 80 Mrd. Euro. Wie auf der EZB-Ratssitzung vom Dezember 2016 beschlossen, verlängerte der EZB-Rat das Aufkaufprogramm bis zum Ende des Jahres, allerdings zu einem niedrigeren monatlichen Aufkaufvolumen in Höhe von 60 Mrd. Euro. Die EZB begründete ihr Festhalten am ausgesprochen expansiven geldpolitischen Kurs in 2017 mit der anhaltend schwachen Dynamik bei den Verbraucherpreisen und der noch nicht ausreichend guten konjunkturellen Entwicklung im Euroraum. Vor dem Hintergrund des im Jahresverlauf anziehenden Aufschwungs im Euroraum beschloss der EZB-Rat im Oktober 2017 zwar eine Verlängerung des Programms bis mindestens September 2018, dies allerdings zu einem ab Januar 2018 erneut verringerten monatlichen Kaufvolumen von 30 Mrd. Euro.

Aufschwung im Währungsraum stützt Euro

Der Euro hat in 2017 deutlich aufgewertet. Gegenüber dem Greenback notierte der Euro-Dollar Kurs zum Jahresultimo bei 1,19 US-Dollar. Das waren 14 US-Cent mehr als Ende 2016. Der Anstieg des Euro gegenüber dem US-Dollar vollzog sich vor allem im zweiten und dritten Quartal 2017. Im ersten und vierten Quartal tendierte der Euro-Dollar Kurs hingegen mehr oder weniger seitwärts. Die europäische Gemeinschaftswährung profitierte in 2017 zum einen vom robusten konjunkturellen Aufschwung und zum anderen festigte sich an den Devisenmärkten die Erwartung, dass die EZB ihre ultra-lockere Geldpolitik nicht weiter lockern, sondern vielmehr die Normalisierung der Geldpolitik angehen werde. Darüber hinaus stützte den Euro die Stabilisierung der politischen Verhältnisse in Frankreich, wo sich bei den französischen Präsidentschaftswahlen Emmanuel Macron durchsetzen konnte. Macrons klares Bekenntnis zum Euro stärkte das Vertrauen der Investoren in den Währungsraum. Profitieren konnte der Euro auch von der Schwäche des US-Dollars, der unter den politischen Unsicherheiten im Zuge der Trump-Präsidentschaft zu leiden hatte. Die Straffung der geldpolitischen Zügel in den USA fiel im vergangenen Jahr weniger ins Gewicht, da sie zum größten Teil bereits in 2016 eingepreist worden war.

II. Geschäftsverlauf der Sparda-Bank Baden-Württemberg eG

Im Geschäftsjahr 2017 stieg unsere Bilanzsumme um 83,9 Mio. Euro auf 13.474 Mio. Euro. Gemessen am Kundenvolumen ist die Sparda-Bank Baden-Württemberg eG weiterhin die zweitgrößte Genossenschaftsbank Deutschlands.

	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderung TEUR	%
Bilanzsumme/Geschäftsvolumen	13.473.953	13.390.068	+83.885	+0,6
Sachanlagen	40.617	44.167	-3.550	-8,0

Aktivgeschäft

	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderung TEUR	%
Barreserve (Aktivposten 1)	318.254	167.408	+150.846	+90,1
Bankguthaben (Aktivposten 3)	829.404	636.788	+192.616	+30,2
Wertpapieranlagen (Aktivposten 5 und 6)	1.677.812	1.810.354	-132.542	-7,3
Kundenforderungen (Aktivposten 4)	10.530.172	10.663.657	-133.485	-1,3

Die Barreserve war stichtagsbezogen zum 31.12.2017 um 150,8 Mio. Euro, die Bankguthaben um 192,6 Mio. Euro höher als im Vorjahr.

Die Kundenforderungen in Höhe von 10.530,2 Mio. Euro verteilten sich per 31.12.2017 auf 150.571 Kreditnehmer und setzen sich damit nach wie vor aus kleinteiligen Krediten mit einer sehr hohen Risikostreuung zusammen. Das Volumen unserer Kundenforderungen ist aufgrund hoher Regel- und Sondertilgungen, trotz anhaltend hohem Neuzusagevolumen, um 1,3 % bzw. 133,5 Mio. Euro zurückgegangen. In 2017 konnten wir 8.161 Kreditvorgänge mit einem Volumen von über 1,51 Mrd. Euro neu zusagen.

Der Realkreditanteil beträgt 83,57 %, was eine hohe Werthaltigkeit der Besicherung belegt.

Der Bestand an eigenen Wertpapieren nahm gegenüber dem Vorjahr um 132,5 Mio. Euro bzw. 7,3 % ab.

Passivgeschäft

	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderung TEUR	%
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	707.948	744.193	-36.245	-4,9
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	11.780.502	11.663.027	+117.475	+1,0
– Spareinlagen	3.348.185	4.563.115	-1.214.930	-26,6
– täglich fällige Einlagen	8.228.963	6.837.016	+1.391.947	+20,4
– Einlagen mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	203.353	262.896	-59.543	-22,6

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten nahmen im Vergleich zum Vorjahr um 36,2 Mio. Euro bzw. 4,9 % ab. Zum Bilanzstichtag machten die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von 707,9 Mio. Euro im Verhältnis zur Bilanzsumme einen Anteil von 5,3 % (Vorjahr 5,6 %) aus.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden erhöhten sich gegenüber dem Jahresanfang um 117,5 Mio. Euro bzw. 1,0 %. Die Spareinlagen sind gegenüber dem Jahresanfang um 1.214,9 Mio. Euro bzw. 26,6 % gefallen. Die täglich fälligen Einlagen konnten einen Zuwachs von 1.391,9 Mio. Euro bzw. 20,4 % verzeichnen, wohingegen die Termineinlagen gegenüber dem Jahresanfang um 59,5 Mio. Euro bzw. 22,6 % fielen.

Außerbilanzielle Geschäfte

Finanzderivate wurden im Geschäftsjahr 2017 überwiegend in Form von Zinstermingeschäften (Zinsswaps) sowie Zinsoptionsgeschäften im Rahmen des Bilanzstrukturmanagements abgeschlossen. Am Bilanzstichtag bestanden folgende Derivategeschäfte:

	Berichtsjahr Mio. EUR	Vorjahr Mio. EUR
Zinsbezogene Derivate		
– Nominalbetrag	5.000	5.550
– Adressenrisiko	16	17

Die Geschäfte wurden im Rahmen der Zinsbuchsteuerung abgeschlossen und dienten der Reduzierung des Zinsänderungsrisikos.

Personal- und Sozialbereich

Zum 31.12.2017 waren insgesamt 641 Mitarbeiter/-innen beschäftigt, davon 204 Personen auf Teilzeitarbeitsplätzen. Weitere 37 Personen befanden sich zum Jahresende in Berufsausbildung.

Insgesamt hat sich der Mitarbeiterbestand (ohne Auszubildende) im Vergleich zum 31.12.2016 um 7 Personen reduziert. Die Mitarbeiterproduktivität konnte im Geschäftsjahr 2017 um 2,8 % gesteigert werden, so dass ein bilanzwirksames Kundenvolumen von ca. 39,2 Mio. Euro auf einen Mitarbeiter (umgerechnet auf Vollzeitbeschäftigte) entfällt.

Wesentliche Aktiv- und Passivstrukturen, Wertpapierkategorien

Die Kunden bevorzugten weiterhin weitestgehend kurzfristige sowie täglich fällige Anlagen. Auf der Passivseite machten die Kundenverbindlichkeiten einen Anteil von 87,4 % (Vorjahr: 87,0%) aus, während die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten bei 5,3 % (Vorjahr: 5,6%) lagen.

Der Anteil der gesamten Kundenforderungen am Geschäftsvolumen belief sich auf 78,2 % (Vorjahr: 79,6%). Der Anteil der durch Grundpfandrechte im erstrangigen Beleihungsraum gesicherten Kundenforderungen erhöhte sich von 83,3 % auf 83,8 %.

Die Bankguthaben und Barreserve machten stichtagsbezogen einen Strukturanteil von 8,5 % (Vorjahr: 6,0 %) aus.

Der Wertpapierbestand wird in Handelsbestand, Liquiditätsreserve und Anlagevermögen kategorisiert. Insgesamt machte der Anteil der Wertpapieranlagen am Geschäftsvolumen 12,5 % (Vorjahr: 13,5 %) aus.

III. Darstellung der Lage

Vermögenslage

	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR
Gezeichnetes Kapital (Passivposten 12a)	112.123	110.599
Rücklagen (Passivposten 12b und c)	439.373	418.175
Nachrangige Verbindlichkeiten (Passivposten 9)	93.955	93.955
Genussrechtskapital (Passivposten 10)	105.000	125.000
Fonds für allgemeine Bankrisiken (Passivposten 11)	163.000	163.000
Bilanzgewinn, soweit zur Stärkung des Eigenkapitals vorgesehen	7.629	6.698

Mit 522.571 Mitgliedern und insgesamt 2.115.468 Geschäftsanteilen zum 31.12.2017 hat die Bank eine breite und gesunde Eigenkapitalgrundlage und ist damit die mitgliederstärkste Genossenschaftsbank in Deutschland. Es konnte ein Nettomitgliederzuwachs von 8.347 Mitgliedern bzw. 1,6 % im Jahr 2017 erreicht werden. Die Geschäftsanteile haben sich um 26.966 Anteile bzw. 1,3 % erhöht.

Neben einem erfolgreichen Mitgliederzuwachs ist es unser vorrangiges Ziel, das Eigenkapital durch Zuführungen aus dem Jahresüberschuss zu stärken. Deshalb wurde eine Vorwegzuweisung zu den Rücklagen in Höhe von 14,5 Mio. Euro vorgenommen; aus dem Bilanzgewinn sind als Zuführung zu den Rücklagen weitere 7,6 Mio. Euro zur Stärkung unseres Eigenkapitals vorgeschlagen. Daneben besteht ein Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB in Höhe von 163,0 Mio. Euro.

Die Vermögenslage der Bank ist geordnet. Alle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten wurden unter Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen bewertet. Bei der Bemessung der Wertberichtigungen und Rückstellungen ist allen erkennbaren Risiken Rechnung getragen worden.

Die aufsichtsrechtlich geforderte Eigenkapitalunterlegung der Risikoaktiva wurde stets eingehalten.

Unsere Bank ist der Sicherungseinrichtung (Garantieverbund) des Bundesverbandes der Deutschen Volks- und Raiffeisenbanken e.V. angeschlossen. Damit ist die Möglichkeit einer Inanspruchnahme bis zur Höhe von 16.642.912 Euro verbunden.

Finanz- und Liquiditätslage

Die Anforderungen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) hinsichtlich der Liquidität der Kreditinstitute waren stets eingehalten, die Zahlungsbereitschaft unserer Bank ist gegeben. Zusätzlich auftretender Liquiditätsbedarf kann durch Refinanzierungsmöglichkeiten bei unserer Zentralbank aufgefangen werden; ebenso bestehen gegen Sicherstellung in Wertpapieren ausreichende Refinanzierungsmöglichkeiten über die EZB.

Ertragslage

	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderung TEUR	%
Zinsüberschuss	146.016	168.102	-22.086	-13,1
Provisionsüberschuss	36.206	31.302	+4.904	+15,7
Finanzergebnis	-44	29	-73	-251,7
Personalaufwand	-48.308	-46.116	-2.192	+4,8
Andere Verwaltungsaufwendungen + AfA	-69.935	-70.495	+560	-0,8
Bewertungsergebnis	-21.101	-35.023	+13.922	-39,8
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	42.280	49.868	-7.588	-15,2
Außerordentliches Ergebnis	-	-	-	-
Aufwendungen aus der Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken	-	-	-	-
Steueraufwand	-17.390	-24.770	+7.380	-29,8
Jahresüberschuss	24.890	25.098	-208	-0,8

Die Zinserträge haben sich gegenüber dem Vorjahr um ca. 35,7 Mio. Euro von 406,0 Mio. Euro auf 370,3 Mio. Euro verringert; die Zinsaufwendungen sind um 13,6 Mio. Euro von 237,9 Mio. Euro auf 224,3 Mio. Euro zurückgegangen.

Aufgrund der anhaltenden Niedrigzinsphase waren sowohl die Erträge aus dem Kreditgeschäft als auch die Erträge aus Eigenanlagen rückläufig. Entsprechend hat sich auch der Zinsaufwand aus Kundeneinlagen, wenngleich in geringerem Umfang, sowie der Zinsaufwand aus Bankeinlagen, insbesondere durch die Rückzahlung auslaufender Refinanzierungen, verringert.

Des Weiteren wurde das Zinsergebnis durch Einmalzahlungen in Höhe von 35,4 Mio. Euro aufgrund von Recouping-Maßnahmen bei ausgewählten langlaufenden Zinssicherungsgeschäften zugunsten von Entlastungen des Zinsaufwandes aus diesen Geschäften in der Zukunft belastet.

Insgesamt fiel der Zinsüberschuss, insbesondere durch diesen Einmaleffekt, im Berichtsjahr auf 146,1 Mio. Euro. Somit kommt es zu einer deutlichen Abnahme des Zinsüberschusses in Höhe von 22,1 Mio. Euro.

Im Geschäftsjahr 2017 stieg das Provisionsergebnis gegenüber dem Vorjahr deutlich um 4,9 Mio. Euro von 31,3 Mio. auf 36,2 Mio. Euro. Maßgeblichen Anteil daran hatte die Vermittlung von Anlagen in Investmentfonds.

Unsere Bank hat im Kreditgeschäft wegen der Kundenstreuung, Größenklassen und grundpfandrechtlichen Besicherung bedeutend geringere Ausfallrisiken als branchenüblich. Ferner ist mit der seit Jahren praktizierten Standardisierung und organisatorischen Ausrichtung eine nachhaltig günstige Kostenstruktur gegeben.

Die Gesamtverwaltungsaufwandsquote stieg im Geschäftsjahr 2017 von 0,84 % der Durchschnittsbilanzsumme (DBS) auf 0,89 % der DBS. Die Steigerung der Aufwandsquote liegt im Rahmen unserer Erwartungen und ist auch den weiterhin deutlich gestiegenen regulatorischen Anforderungen geschuldet.

Der Personalaufwand hat sich um 2,2 Mio. Euro bzw. 4,8 % erhöht, die Personalaufwandsquote steigt somit auf 0,36 % der DBS (Vorjahr: 0,33 %).

Neben der Tarifierhöhung zum 1.2.2017 um 1,5 % wurden auch im Jahr 2017 die Angebote für die Inanspruchnahme der Vorruhestandsregelungen von Mitarbeitern der Bank angenommen.

Die sich aus Sachkosten und Abschreibungen auf Sachanlagen darstellenden „anderen Verwaltungsaufwendungen“ haben sich in 2017 um 0,5 Mio. Euro bzw. 0,8 % leicht verringert. Durch die weiterhin hohen regulatorischen Anforderungen sowie Investitionen in die IT und Digitalisierung sind hier insbesondere die Kosten für EDV-Dienstleistungen weiter auf sehr hohem Niveau.

In Relation zu unserer Durchschnittsbilanzsumme beläuft sich dieser Aufwand auf 0,53 % der DBS (Vorjahr 0,51 %).

Unsere Adressenausfallrisiken können mit einer Nettoaufwandsquote von 0,02 % des durchschnittlichen Kreditvolumens als gering eingestuft werden. Die Ausleihungen erfolgten in erster Linie für den privaten Wohnungsbau und sind größtenteils durch Grundpfandrechte gesichert.

Alle Kredite sind unter Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen und der gebotenen Vorsicht bewertet.

Auch für die Risiken aus unseren Wertpapieranlagen wurde eine ausreichende Risikovorsorge getroffen. Die Wertpapiere wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

Der Steueraufwand wird mit 17,4 Mio. Euro um 7,4 Mio. Euro geringer als im Vorjahr ausgewiesen.

Die Kapitalrendite gemäß § 26a Abs. 1 Satz 4 KWG (Quotient aus Nettogewinn und Bilanzsumme) beläuft sich für das zurückliegende Geschäftsjahr auf 0,18 %.

Zusammenfassende Beurteilung der Lage

Das Geschäftsjahr 2017 war trotz schwieriger Rahmenbedingungen ein zufriedenstellendes Geschäftsjahr. Die Ertragslage war in 2017 insgesamt gut.

Aus dem Jahresüberschuss konnten die Rücklagen in ausreichendem Ausmaß gestärkt werden. Die Eigenkapitalausstattung erfüllt die gesetzlichen Anforderungen.

IV. Erklärung zur Unternehmensführung

Die vom Aufsichtsrat der Bank gemäß § 9 Abs. 4 GenG festgelegten Zielgrößen für den Frauenanteil im Aufsichtsrat bis zum 30.06.2017 von 26,7 % und für den Frauenanteil im Vorstand der Bank von Null wurden eingehalten. Die genannten Quoten wurden mit Wirkung bis zum 30.06.2022 durch den Aufsichtsrat auch als neue Zielgrößen bestätigt.

Die bis zum 30.06.2017 vom Vorstand gemäß § 9 Abs. 3 GenG festgelegte Zielgröße für den Frauenanteil auf den ersten beiden Führungsebenen unterhalb des Vorstands (30 %) wurde mit 28,1 Prozent nicht erreicht. Gründe hierfür waren die Neubesetzungen der Marktbereiche mit männlichen Führungskräften für in Elternzeit befindliche weibliche Führungskräfte. Als neue Zielgröße wurde für die ersten beiden Führungsebenen unterhalb des Vorstandes erneut ein Frauenanteil von 30 % mit Wirkung bis 30.06.2022 beschlossen.

V. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung und voraussichtliche Entwicklung der Genossenschaft:

Risikomanagementziele und -methoden

Neben der Erfüllung aufsichtsrechtlicher Anforderungen gewährleistet ein angemessenes Planungs- und Controlling-system die jederzeitige Risikotransparenz. Die laufende Entwicklung der Bilanzstruktur, die Ertragslage und die sich aus verändernden Zinsstrukturen ergebenden Risiken werden permanent überwacht. Das Reporting erfolgt mehrstufig, ausgehend von einem täglichen Risikostatus an die Mitglieder des Vorstandes bis hin zur Quartalsberichterstattung an den Aufsichtsrat.

Grundlage der Banksteuerung ist eine unter Berücksichtigung unterjähriger Veränderungen erstellte Planbilanz, aus der eine monatliche Ergebnisvorschaurechnung abgeleitet wird. Parallel dazu wird die barwertige Betrachtung für die Steuerung herangezogen.

Unsere Risikolimits orientieren sich an der Risikotragfähigkeit und entsprechen den Anforderungen der MaRisk. Die Basis dazu liefert unsere regelmäßige Ertragsvorschau mit einem mehrjährigen Planungshorizont. Im Rahmen der Mehrjahres-simulation, die quartalsweise berechnet wird, werden außerdem die Auswirkungen verschiedener Zinsszenarien auf den Zinsüberschuss simuliert. Daraus lassen sich frühzeitig Risiken erkennen und so gegebenenfalls Maßnahmen ableiten. Darüber hinaus bestehen zur Begrenzung des Zinsänderungsrisikos auch barwertig orientierte interne Risikolimits.

Auf Basis des Stichtags 31.12.2017 wurde aus unserer Risikotragfähigkeitsberechnung insgesamt ein Gesamtlimit von 309,4 Mio. Euro festgelegt. Davon entfallen auf Marktpreisrisiken 201,0 Mio. Euro, auf Adressrisiken 90,5 Mio. Euro und auf sonstige Risiken (operationelle Risiken und Liquiditätsrisiken) 17,9 Mio. Euro. Das bestehende Gesamtlimit sowie die Teillimits wurden im zurückliegenden Geschäftsjahr stets eingehalten.

Entscheidend für unser Unternehmen wird die weitere Entwicklung der Zinsstrukturkurve sein. Sollten von unserer Erwartung abweichende Zinsentwicklungen eintreten, so sind mit Hilfe unserer Steuerungsinstrumentarien die Risiken auf einen vertretbaren Umfang begrenzt. Wir werden wie bisher verschiedene Möglichkeiten zur Absicherung nutzen und auch Zinsderivate einsetzen. Risiken begrenzen wir durch unternehmensinterne Leitlinien und Limitstrukturen, um so die Bank vor unerwarteten Belastungen zu schützen.

Wir haben sichergestellt, dass Eigenhandelsgeschäfte nur im Rahmen festgelegter Grenzen und klar definierter Kompetenzregelungen getätigt werden. Risiken im Wertpapiergeschäft ergeben sich nach unserer Einschätzung aus Marktpreisrisiken sowie Adressenrisiken, primär durch Spreadrisiken. Den Ausfallrisiken wird durch eine gezielte Emittentenauswahl – ausschließlich mit Rating im Investmentgrade – begegnet.

Abruf- und Terminrisiken sind bei der Geschäftsstruktur unseres Hauses weiterhin von untergeordneter Bedeutung. In Verbindung mit den ohnehin jederzeit möglichen Refinanzierungen über die Zentralbank sind weder nennenswerte Risikokonzentrationen noch erhöhte Risikopotentiale aus den Liquiditätsrisiken erkennbar.

Die latenten Risiken aus dem Kreditgeschäft sind weiterhin als gering einzustufen, da das Kreditgeschäft überwiegend mit Privatkunden getätigt wird und dieser Geschäftsbereich durch den Schwerpunkt von Wohnbaufinanzierungen in Baden-Württemberg mit grundpfandrechtlicher Besicherung durch wertstabile Immobilien geprägt ist. Auch in diesem Zusammenhang sind keine wesentlichen Risikokonzentrationen auszumachen.

Allgemeinen Geschäftsrisiken und operationellen Risiken aus Betriebsabläufen, insbesondere des EDV- und IT-Bereichs, werden durch Investitionen in Technik und organisatorische Regelungen vorgebeugt. Es besteht eine enge Zusammenarbeit mit dem verbundeigenen Rechenzentrum, der Sparda-Datenverarbeitung eG, und auch sonstigen externen Dienstleistern. Betriebsabläufe sind durch bestehende Arbeitsanweisungen für die Mitarbeiter, festgelegte Funktionstrennungen mit definierten Schnittstellen und eingeschränkte EDV-Zugriffsrechte weitgehend vorgegeben. Durch risikoorientierte Prüfungen der Internen Revision wird den immer komplexer auszurichtenden Prozessen zusätzlich Rechnung getragen. Versicherbare Gefahrenpotenziale sind durch Versicherungsverträge im banküblichen Umfang abgesichert.

Fehlerhafte Betriebsvorgänge, die durch Kundenbeschwerden offenkundig werden, werden mittels klar vorgegebener Regelung aufgegriffen. Durch den vorgegebenen Informationsfluss und die Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Führungskräften und Organisationsbereichen wird den operationellen Risiken durch eingehende Analyse hinsichtlich evtl. organisatorischer oder personeller Schwachstellen wirksam begegnet. Risiken aus komplexen Rechtsverhältnissen wird bei Bedarf durch Einschaltung interner und externer Sachverständiger begegnet.

Zusammenfassung der Risikolage

Im Risikomanagementsystem der Bank werden alle wesentlichen Risiken erfasst und bewertet. Die Risikotragfähigkeit war jederzeit gegeben.

Voraussichtliche Entwicklung mit wesentlichen Chancen und Risiken

Für das Jahr 2018 ist sowohl für Deutschland als auch für Baden-Württemberg weiterhin von einem moderaten Wirtschaftswachstum auszugehen. Auch wenn die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank aktuell immer noch versucht mit allen Mitteln die Finanzmärkte zu stützen, gehen wir davon aus, dass sie dies mittel- bis langfristig zurückfahren wird. In diesem Zusammenhang erachten wir moderate Zinserhöhungen für den Euroraum in den Folgejahren als wahrscheinlich.

Trotz diverser geopolitischer Unsicherheiten (z. B. im Zusammenhang mit den Brexit-Verhandlungen) erwarten wir auch in 2018 wegen der noch anhaltend niedrigen Zinsen für die Investitionen im Wohnungsbau innerhalb Deutschlands weiterhin positive Impulse. Hiervon können wir mit unserer Fokussierung des Kreditgeschäftes auf Finanzierungen für den privaten Wohnungsbau auch im Jahr 2018 partizipieren.

Bei unverändert schwierigen Rahmenbedingungen in Bezug auf die derzeitige Niedrigzinsphase, den Wettbewerbsbedingungen und den gestiegenen regulatorischen Anforderungen erwarten wir für das Geschäftsjahr 2018 etwa ein mit dem abgelaufenen Geschäftsjahr 2017 vergleichbares Geschäftsergebnis. Das Geschäftsvolumen erwarten wir ebenfalls annähernd auf Vorjahresniveau.

Unsere Geschäftsstrategie ist weiterhin auf ein ertragsorientiertes und qualifiziertes Wachstum ausgerichtet. Das Wachstum auf der Aktivseite darf nicht nur quantitativ gemessen werden, sondern muss auch qualitativen Standards entsprechen. Hierbei werden wir stets darauf bedacht sein, dass mit dem Neugeschäft kein überproportional hohes Risikopotenzial eingekauft wird. Unsere Geschäftsaktivitäten werden weiterhin auf die Kerngeschäftsfelder, Kredit-, Einlagengeschäft und Zahlungsverkehr mit umfänglichen Serviceleistungen rund um das Girokonto fokussiert sein. Ein Schwerpunkt wird im Rahmen unserer Omnikanalstrategie auf den weiteren Ausbau der Digitalisierung gelegt. Aufgrund der aktuellen Niedrigzinspolitik werden allerdings sowohl die Geschäftsstrategie als auch die Geschäftsfelder permanent überprüft und gegebenenfalls angepasst.

Wichtig für stetiges Kreditwachstum sind die Neuzusagen für Baufinanzierungen. Davon sollen gemäß unserer Risikostrategie mindestens 70 % im erststelligen Beleihungsraum (sog. 1a-Hypotheken) bei gleichzeitiger hoher Granularität und damit breiter Risikostreuung erfolgen. Die Refinanzierung dieses Kreditgeschäftes erfordert ein korrespondierendes Wachstum bei den Kundeneinlagen; präferiert werden hier von Seiten der Kunden derzeit kurzfristig verfügbare Geldanlagen auf Giro- oder Tagesgeldkonten. Längerfristige Geldanlagen im Termin- oder Sparbereich sind aufgrund der niedrigen Zinsen derzeit weniger nachgefragt.

Nach wie vor sind der qualitative Ausbau des Kundengeschäftes und eine Geschäftspolitik im Sinne des genossenschaftlichen Förderauftrages für uns von grundlegender Bedeutung.

Aufgrund unseres Geschäftsmodells ist unsere Ertragslage stark zinsabhängig und daher von der weiteren Entwicklung des Zinsniveaus geprägt. Bei den gegebenen volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen gehen wir für das Jahr 2018 weiterhin von einer Seitwärtsentwicklung der Marktzinsen auf historisch niedrigem bzw. teilweise negativem Niveau aus. Ab 2019 rechnen wir allerdings mit einem moderaten Zinsanstieg. Auch ohne negative Kundenkonditionen bzw. alternative Gebührenmodelle erwarten wir für 2018 einen stabilen Verlauf beim Zinsergebnis.

Die niedrigen Zinsen belasten nicht nur Banken, sondern betreffen die gesamte Finanzbranche. Dies hat unterschiedliche Auswirkungen auf die Attraktivität der Produkte unserer Kooperationspartner. Steigerungen der Erträge aus dem Kooperationsgeschäft sind unter diesen Marktbedingungen für die Vermittlung von Bausparverträgen und Versicherungen eher schwierig und können durch eventuell für Kunden attraktivere Alternativen in Publikumsfonds nur teilweise ausgeglichen werden. Insofern kalkulieren wir beim Provisionsergebnis bezüglich der Erträge mit einem Erlös in etwa auf Vorjahresniveau.

Bei den Verwaltungsaufwendungen rechnen wir für das Geschäftsjahr 2018 mit leichten Kostensteigerungen. Ursächlich hierfür sind weiter steigende Kosten und Beiträge für die Regulatorik sowie notwendige Investitionen in IT und die Digitalisierung, was insgesamt zu einer Steigerung der Gesamtverwaltungsaufwandsquote führt. Die Mehrbelastungen sollen weitestgehend über Produktivitätssteigerungen aufgefangen werden, sodass der Mitarbeiterbestand in etwa auf Vorjahresniveau gesehen wird. Ein leicht erhöhter Ansatz bei den Personalkosten ist den tariflichen Gehaltssteigerungen zuzuschreiben. Soweit nötig werden für ausscheidende Mitarbeiter Ersatz Einstellungen vorgenommen werden, wobei hier vielfach aus der Elternzeit zurückkehrende, bereits ausgebildete Mitarbeiter berücksichtigt werden. Dem steigenden Bedarf an Mitarbeiterqualifikation wird durch konsequente bedarfsbezogene Aus- und Weiterbildung Rechnung getragen. Hierzu werden wir auch aus gesellschaftspolitischer Verantwortung heraus weiterhin Ausbildungsplätze anbieten.

Neben quantitativen Zielvorgaben haben wir auch qualitative Standards etabliert, wobei die Kundeninteressen bei all unseren Vertriebsaktivitäten im Vordergrund stehen. Die qualitativen Vorgaben fördern unsere Kundenorientierung und unterstützen uns dabei, die bislang erzielten Vorteile in der Kundenzufriedenheit gegenüber Mitbewerbern am Markt zu erhalten bzw. weiter auszubauen. Hierbei nehmen wir eine Vorreiterrolle in der Entwicklung moderner digitaler Technologien ein. Durch die Kombination von neuen, digitalen Lösungen in Verbindung mit kompetenter und persönlicher Beratung vor Ort möchten wir somit den maximalen Nutzen für unsere Kunden schaffen. Durch einen ausgewogenen Einsatz von Mensch und Technik muss mit einer Verkürzung von Bearbeitungs- oder Durchlaufzeiten eine stetige Verbesserung der Produktivität, welche die Basis für eine attraktive Konditionenpolitik darstellt, erzielt und sichergestellt werden.

Eine angemessene Eigenkapitalausstattung ist die Grundvoraussetzung für die Wettbewerbsfähigkeit und eine erfolgreiche Geschäftsausweitung. Diese haben wir in den letzten Jahren deutlich gesteigert, was den Stellenwert der Kapitalausstattung auch unter zunehmenden regulatorischen Vorgaben verdeutlicht. Die Steuerung der Kapitalressourcen hat bei uns eine hohe Priorität und wird durch einen zukunftsgerichteten Kapitalplanungsprozess unterstützt. Ein wesentlicher Faktor unserer Geschäftspolitik ist es daher, auch in Zukunft mit einem angestrebten Mindestgewinn die notwendige Stärkung des Eigenkapitals durch Rücklagenzuführungen zu erreichen.

Zusammenfassend ist es unser Ziel, den Kundenservice durch Innovation und Qualifikation weiter zu verbessern und so unsere Wettbewerbssituation nachhaltig zu stärken sowie die derzeitige hohe Kundenzufriedenheit auch weiterhin sicherzustellen. Die Zusammenarbeit mit den übrigen Sparda-Banken in Deutschland und dem Verband der Sparda-Banken e.V. wird fortgeführt. Die gebührenfreie Gehaltskontenführung und die günstigen Konditionen sind für uns auch weiterhin ein bekanntes Markenzeichen unserer Bank.

Stuttgart, den 13.02.2018

Sparda-Bank Baden-Württemberg eG

Der Vorstand

Martin Hettich

Bernd Klink

Joachim Haas

Martin Buch

1. Jahresbilanz zum 31. Dezember 2017

Aktivseite	EUR	EUR	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr TEUR
1. Barreserve					
a) Kassenbestand			58.721.964,76		53.625
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken			259.532.170,43		113.783
darunter: bei der Deutschen Bundesbank	259.532.170,43				(113.783)
c) Guthaben bei Postgiroämtern			-	318.254.135,19	-
2. Schuldtitle öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind					
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitle öffentlicher Stellen			-		-
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	-				(-)
b) Wechsel			-		-
3. Forderungen an Kreditinstitute					
a) täglich fällig			808.406.808,04		613.530
b) andere Forderungen			20.997.613,85	829.404.421,89	23.258
4. Forderungen an Kunden				10.530.171.614,06	10.663.657
darunter:					
durch Grundpfandrechte gesichert	8.825.638.146,16				(8.886.909)
Kommunalkredite	99.852,40				(102)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere					
a) Geldmarktpapiere					
aa) von öffentlichen Emittenten		-			-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-				(-)
ab) von anderen Emittenten		100.019.589,04	100.019.589,04		-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	100.019.589,04				(-)
b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
ba) von öffentlichen Emittenten			560.926.601,79		751.179
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	560.926.601,79				(751.179)
bb) von anderen Emittenten			980.701.325,34	1.541.627.927,13	1.031.668
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	980.701.325,34				(1.031.668)
c) eigene Schuldverschreibungen				1.641.647.516,17	-
Nennbetrag	-				(-)
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere				36.164.200,76	27.508
6a. Handelsbestand					-
7. Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften					
a) Beteiligungen			47.728.441,01		47.728
darunter: an Kreditinstituten	-				(-)
an Finanzdienstleistungsinstituten	-				(-)
b) Geschäftsguthaben bei Genossenschaften			5.637.020,00	53.365.461,01	4.645
darunter: bei Kreditgenossenschaften	-				(-)
bei Finanzdienstleistungsinstituten	-				(-)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen					
darunter: an Kreditinstituten	-				26
an Finanzdienstleistungsinstituten	-				(-)
9. Treuhandvermögen				23.893,48	35
darunter: Treuhandkredite	23.893,48				(35)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch					
11. Immaterielle Anlagewerte					
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte					
b) Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			205.274,00		184
c) Geschäfts- oder Firmenwert					-
d) Geleistete Anzahlungen				205.274,00	-
12. Sachanlagen				40.617.017,30	44.167
13. Sonstige Vermögensgegenstände				23.356.728,73	14.305
14. Rechnungsabgrenzungsposten				417.067,01	363
15. Aktive latente Steuern					-
16. Aktiver Unterschiedsbetrag aus Vermögensverrechnung				325.498,04	407
Summe der Aktiva				13.473.952.827,64	13.390.068

Passivseite			EUR	EUR	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten							
a)	täglich fällig				210.009.828,94		16
b)	mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist				497.938.187,98	707.948.016,92	744.178
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden							
a)	Spareinlagen						
aa)	mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten		3.345.422.394,53				4.559.987
ab)	mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten		2.762.724,78	3.348.185.119,31			3.128
b)	andere Verbindlichkeiten						
ba)	täglich fällig		8.228.963.219,31				6.837.016
bb)	mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		203.353.247,47	8.432.316.466,78		11.780.501.586,09	262.896
3. Verbriefte Verbindlichkeiten							
a)	begebene Schuldverschreibungen				-		-
b)	andere verbrieftete Verbindlichkeiten				-		-
	darunter: Geldmarktpapiere		-				(-)
	eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf		-				(-)
3a. Handelsbestand							-
4. Treuhandverbindlichkeiten						23.893,48	35
	darunter: Treuhandkredite		23.893,48				(35)
5. Sonstige Verbindlichkeiten						10.663.079,12	13.784
6. Rechnungsabgrenzungsposten						3.668.273,00	3.379
6a. Passive latente Steuern						-	-
7. Rückstellungen							
a)	Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen				31.582.561,88		28.647
b)	Steuerrückstellungen				97.743,00		900
c)	andere Rückstellungen				15.626.448,58	47.306.753,46	14.875
8. ...						-	-
9. Nachrangige Verbindlichkeiten						93.955.000,00	93.955
10. Genusssrechtskapital						105.000.000,00	125.000
	darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig		60.000.000,00				(80.000)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken						163.000.000,00	163.000
	darunter: Sonderposten n. § 340e Abs. 4 HGB		100.000,00				(100)
12. Eigenkapital							
a)	Gezeichnetes Kapital				112.123.272,78		110.599
b)	Kapitalrücklage				20.101.823,78		20.102
c)	Ergebnisrücklagen						
ca)	gesetzliche Rücklage		59.716.210,05				57.216
cb)	andere Ergebnisrücklagen		359.555.265,46				340.857
cc)			-		419.271.475,51		-
d)	Bilanzgewinn				10.389.653,50	561.886.225,57	10.498
Summe der Passiva						13.473.952.827,64	13.390.068
1. Eventualverbindlichkeiten							
a)	Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln				-		-
b)	Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen				3.371.134,97		4.010
c)	Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten				-	3.371.134,97	-
2. Andere Verpflichtungen							
a)	Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften				-		-
b)	Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen				-		-
c)	Unwiderrufliche Kreditzusagen				630.617.608,03	630.617.608,03	492.372
	darunter: Lieferverpflichtungen aus zinsbezogenen Termingeschäften		-				(-)

2. Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 01.01. bis 31.12.2017

	EUR	EUR	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr TEUR
1. Zinserträge aus					
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		355.124.499,23			384.234
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		13.515.859,09	368.640.358,32		20.542 (34)
darunter: in a) und b) angefallene negative Zinsen	57.886,83				
2. Zinsaufwendungen			-224.295.402,02	144.344.956,30	-237.855 (1.098)
darunter: erhaltene negative Zinsen	1.170.093,44				
3. Laufende Erträge aus					
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren			653.718,33		243
b) Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften			1.017.451,58		916
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen			-	1.671.169,91	22
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen				-	-
5. Provisionserträge			45.947.771,98		41.156
6. Provisionsaufwendungen			-9.742.134,84	36.205.637,14	-9.854
7. Nettoaufwand/-ertrag des Handelsbestands				-44.120,00	29
8. Sonstige betriebliche Erträge				7.256.183,47	7.412 (-)
darunter: aus der Währungsumrechnung		1.716.316,50			
9. ...				-	-
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter		-40.022.285,96			-38.295
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		-8.285.538,89	-48.307.824,85		-7.821 (-1.422)
darunter: für Altersversorgung	-1.501.251,20				
b) andere Verwaltungsaufwendungen			-65.409.894,00	-113.717.718,85	-65.946
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen				-4.525.383,68	-4.549
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen				-7.809.817,03	-5.343 (-)
darunter: aus der Währungsumrechnung		-846.366,15			
darunter: aus der Aufzinsung von Rückstellungen		-3.641.264,44			(-1.176)
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rück- stellungen im Kreditgeschäft			-21.101.028,73		-35.166
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft				-21.101.028,73	-
15. Abschreibungen u. Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlage- vermögen behandelte Wertpapiere				-	-
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren				-	143
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme				-	-
18. ...				-	-
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit				42.279.878,53	49.868
20. Außerordentliche Erträge				-	-
21. Außerordentliche Aufwendungen				-	-
22. Außerordentliches Ergebnis				-	(-)
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			-17.187.872,21		-24.193
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen			-202.352,82	-17.390.225,03	-577
24a. ...				-	-
25. Jahresüberschuss				24.889.653,50	25.098
26. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr				-	-
				24.889.653,50	25.098
27. Entnahmen aus Ergebnismrücklagen					
a) aus der gesetzlichen Rücklage				-	-
b) aus anderen Ergebnismrücklagen				-	-
				24.889.653,50	25.098
28. Einstellungen in Ergebnismrücklagen					
a) in die gesetzliche Rücklage		-2.500.000,00			-2.600
b) in andere Ergebnismrücklagen		-12.000.000,00		-14.500.000,00	-12.000
				10.389.653,50	10.498
28a. ...				-	-
29. Bilanzgewinn				10.389.653,50	10.498

3. Anhang

A. Allgemeine Angaben

Die Sparda-Bank Baden-Württemberg eG, Stuttgart, ist beim Amtsgericht Stuttgart unter der Genossenschaftsregister-Nummer 236 eingetragen.

Der Jahresabschluss wurde nach den für Kreditinstitute geltenden Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt. Die Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung richtet sich nach den vorgeschriebenen Formblättern.

Basierend auf einer mittelfristigen Risiko- und Ertragsanalyse wurden Recouping-Maßnahmen bei ausgewählten Zins-sicherungsgeschäften im Rahmen der aktiven Steuerung der Zinsänderungsrisiken durchgeführt.

B. Erläuterungen zu den Bilanzierungs-, Bewertungs- und Umrechnungsmethoden

Bei der Aufstellung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung wurden im Einzelnen folgende Bilanzierungs-, Bewertungs- und Umrechnungsmethoden angewandt:

Die Barreserven und die Forderungen an Kreditinstitute wurden mit dem Nennwert bilanziert.

Bei den Forderungen an Kunden wurden von den Nennwerten Wertberichtigungen für akute und latente Risiken im Kredit-geschäft abgesetzt. Soweit die Gründe für die in den Vorjahren gebildeten Wertberichtigungen entfallen sind, wurden diese aufgelöst.

Die Unterschiedsbeträge zwischen dem höheren Nennwert und dem Auszahlungsbetrag von Forderungen an Kunden wurden in den passiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt. Der Unterschiedsbetrag wird planmäßig aufgelöst.

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wert-papiere sind mit den Anschaffungskosten bzw. dem niedrigeren Kurswert am Bilanzstichtag bewertet worden. Soweit die Gründe für die in den Vorjahren vorgenommenen Abschreibungen entfallen sind, wurde eine Zuschreibung bis zu den ursprünglichen Anschaffungskosten vorgenommen.

Die Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften wurden mit den Anschaffungskosten, abzüglich erfor-derlicher Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert am Abschlussstichtag bewertet.

Die Bewertung der Sachanlagen und immateriellen Anlagewerte erfolgte zu den Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen. Geringwertige Wirtschaftsgüter werden entsprechend den steuerlichen Vor-schriften behandelt.

Die übrigen Vermögensgegenstände sind zu Nennwerten bilanziert.

Der beizulegende Zeitwert der zu verrechnenden Vermögensgegenstände (Rückdeckungsversicherungen) wurde nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelt.

Die Verbindlichkeiten sind mit ihrem Rückzahlungsbetrag einschließlich fälliger und anteiliger Zinsen angesetzt.

Die Pensionsrückstellungen wurden auf der Grundlage von versicherungsmathematischen Berechnungen auf Basis der „Richttafeln 2005 G“ (Prof. Dr. Klaus Heubeck) nach dem modifizierten Teilwertverfahren ermittelt. Der Zinssatz wurde, bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren, mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre auf Basis einer Prognose des Zinssatzes per Dezember 2017 (3,68 %) zu Grunde gelegt.

Im Vergleich zu einer Abzinsung mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre ergibt sich ein Unterschiedsbetrag von 6.406 TEUR.

Künftig zu erwartende Gehalts- und Rentensteigerungen werden, soweit erforderlich, bei der Bewertung mit 5 % bzw. 2 % berücksichtigt.

Bei Altersversorgungsverpflichtungen und vergleichbaren langfristigen Verpflichtungen, die die Voraussetzungen des § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB erfüllen, haben wir die Verpflichtungen mit den ihnen zuzurechnenden Vermögensgegenständen verrechnet. Die historischen Anschaffungskosten der zu verrechnenden Vermögensgegenstände betragen 23.084 TEUR. Der beizulegende Zeitwert der zu verrechnenden Vermögensgegenstände betrug 23.084 TEUR. Der Erfüllungsbetrag der verrechneten Schulden betrug 29.514 TEUR. Aufzinsungsaufwendungen für Pensionsverpflichtungen wurden mit korrespondierenden Erträgen (Wertsteigerungen/Zinserträge des Deckungsvermögens) i. H. von 548 TEUR verrechnet.

Die Steuerrückstellungen und anderen Rückstellungen entsprechen den zu erwartenden Ausgaben.

Die nachrangigen Verbindlichkeiten und das Genussrechtskapital wurden mit dem Rückzahlungsbetrag angesetzt.

Die bis zum Bilanzstichtag aufgelaufenen Zinsansprüche und Zinsverpflichtungen aus Finanzswaps sind als Forderungen an Kreditinstitute bzw. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten bilanziert.

Die zum Bilanzstichtag bestehenden Finanzderivate wurden nicht einzeln bewertet, soweit sie zur Reduzierung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos eingesetzt werden.

Im Übrigen wurden für ungewisse Verbindlichkeiten Rückstellungen in angemessener Höhe gebildet.

Die Finanzinstrumente des Zinsbuchs (einschließlich derivativer Steuerungsinstrumente der Aktiv/Passiv Steuerung) werden im Rahmen einer Gesamtbetrachtung aller zinstragenden bilanziellen und außerbilanziellen Positionen des Bankbuchs nach Maßgabe von IDW RS BFA 3 verlustfrei bewertet. Hierbei werden die zinsinduzierten Barwerte den Buchwerten gegenübergestellt und von dem positiven Überschuss die Risiko- und Bestandsverwaltungskosten abgezogen. Für einen danach eventuell verbleibenden Verlustüberhang wäre eine Drohverlustrückstellung notwendig, nach dem Ergebnis der Berechnungen zum 31.12.2017 war keine Rückstellung zu bilden.

Negative Zinsen aus Aktivgeschäften werden im Zinsertrag erfasst (Reduktion des Zinsertrags).

Negative Zinsen aus Passivgeschäften werden im Zinsaufwand erfasst (Reduktion des Zinsaufwands).

Im Falle von Zinsswaps werden die Zahlungsströme je Swapvertrag verrechnet und der verbleibende Saldo vorzeichen-gerecht als Zinsertrag bzw. -aufwand ausgewiesen. Entsteht im Falle negativer Zinsen saldiert bzw. aufsummiert Zinsaufwand, so wird dieser, andernfalls ein Zinsertrag, ausgewiesen. Ein gesonderter Ausweis dieser negativen Zinsen wird nicht vorgenommen.

C. Entwicklung des Anlagevermögens

(volle EUR)

	Anschaffungs-/ Herstellungskosten 01.01.	Zugänge	Umbuchungen (+/-)	a) Abgänge b) Zuschüsse	Anschaffungs-/ Herstellungskosten am Bilanzstichtag EUR	Buchwert am Bilanzstichtag EUR	Buchwert Vorjahr EUR
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Immaterielle Anlagevermögen	1.122.858	148.809	-	a) 589 b) -	1.271.078	205.274	183.795
Sachanlagen							
a) Grundstücke und Gebäude	81.343.652	-	-	a) - b) -	81.343.652	30.388.553	32.610.214
b) Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	39.466.704	938.987	-	a) 1.650.786 b) -	38.754.905	10.228.464	11.556.304
a	121.933.214	1.087.796	-	a) 1.651.375 b) -	121.369.635	40.822.291	44.350.313
	Abschreibungen (kumuliert) 01.01.	Änderung der kumulierten Abschrei- bungen aufgrund Zugängen (ohne Abschrei- bungen Ge- schäftsjahr) (+)	Änderung der kumulierten Abschreibungen aufgrund Abgängen (-)	Änderung der kumulierten Abschreibun- gen aufgrund Umbuchungen (+/-)	Abschreibungen Geschäftsjahr EUR	Zuschreibungen Geschäftsjahr EUR	Abschreibungen (kumuliert) am Bilanzstichtag EUR
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Immaterielle Anlagevermögen	939.063	-	589	-	127.330	-	1.065.804
Sachanlagen							
a) Grundstücke und Gebäude	48.733.438	-	-	-	2.221.661	-	50.955.099
b) Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	27.910.400	-	1.560.352	-	2.176.393	-	28.526.441
a	77.582.901	-	1.560.941	-	4.525.384	-	80.547.344
	Anschaffungs- kosten 01.01. EUR		Veränderungen (saldiert) EUR			Buchwert am Bilanzstichtag EUR	
Beteiligungen und Geschäfts- guthaben bei Genossen- schaften	52.373.461		992.000			53.365.461	
Anteile an verbundenen Unternehmen	25.565		-25.565			-	
b	52.399.026		966.435			53.365.461	
Summe a und b	174.332.240					94.187.752	

D. Erläuterungen zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

I. Bilanz

In den Forderungen an Kreditinstitute sind 701.584.529 EUR Forderungen an die zuständige genossenschaftliche Zentralbank enthalten.

Die in der Bilanz ausgewiesenen Forderungen haben folgende Restlaufzeiten:

	bis drei Monate EUR	mehr als drei Monate bis ein Jahr EUR	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre EUR	mehr als fünf Jahre EUR
Andere Forderungen an Kreditinstitute (A 3b) (ohne Bausparguthaben)	617.167	4.230.457	–	16.149.990
Forderungen an Kunden (A 4)	229.933.003	510.710.708	2.279.812.904	7.475.772.402

In den Forderungen an Kunden sind 33.942.597 EUR Forderungen mit unbestimmter Laufzeit enthalten.

Von den in der Bilanz ausgewiesenen Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren werden im auf den Bilanzstichtag folgenden Geschäftsjahr 253.667.856 EUR fällig.

In den Forderungen sind folgende Beträge enthalten, die auch Forderungen an verbundene Unternehmen oder Beteiligungsunternehmen sind:

	Forderungen an verbundene Unternehmen		Forderungen an Beteiligungsunternehmen	
	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
Forderungen an Kunden (A 4)	–	–	769.906	1.020.361

Wir halten Anteile an Sondervermögen (§ 1 Abs. 10 KAGB) oder Anlageaktien an Investmentaktiengesellschaften mit veränderlichem Kapital (§§ 108 bis 123 KAGB) von mehr als 10 %:

Anlageziele	Buchwert EUR	Zeitwert EUR	Differenzen (Zeitwert/Buchwert) EUR	Erhaltene Ausschüttungen EUR	Tägliche Rückgabe Ja/Nein
Asset-Allocation	34.187.897	35.471.830	1.283.933	653.718	Ja

In folgenden Posten sind enthalten:

	börsenfähig	börsennotiert	nicht börsennotiert	nicht mit dem Niederstwert bewertete börsenfähige Wertpapiere
	EUR	EUR	EUR	EUR
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (A 5)	1.641.647.516	1.556.480.632	85.166.884	–

Die in der Bilanz ausgewiesenen Treuhandgeschäfte betreffen ausschließlich Treuhandkredite.

In den Sachanlagen sind enthalten:

	EUR
Im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Bauten	30.388.553
Betriebs- und Geschäftsausstattung	10.228.464

Im Posten Sonstige Vermögensgegenstände sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten:

	EUR
Provisionsansprüche gegenüber Kapitalanlagegesellschaften	6.533.801

Bei einer Gesamtdifferenzbetrachtung errechnet sich ein aktiver Überhang von latenten Steuern, der in Ausübung des Wahlrechts nicht angesetzt wurde.

Passive Steuerlatenzen bestehen in geringem Umfang in der Position Rückstellungen, der aktive Steuerlatenzen insbesondere in den Positionen Forderungen an Kunden, Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, sonstige Vermögensgegenstände und Fonds für allgemeine Bankrisiken gegenüberstehen.

In den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind 449.137.073 EUR Verbindlichkeiten gegenüber der zuständigen genossenschaftlichen Zentralbank enthalten.

Die in der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten weisen folgende Restlaufzeiten auf:

	bis drei Monate EUR	mehr als drei Monate bis ein Jahr EUR	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre EUR	mehr als fünf Jahre EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 1b)	89.670.979	22.191.940	178.766.013	207.309.256
Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten (P 2ab)	453.701	616.020	1.689.963	3.041
Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 2bb)	102.475.178	71.605.375	8.005.911	21.266.783

Im Posten Sonstige Verbindlichkeiten sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten:

	EUR
Verbindlichkeiten an Finanzamt	1.230.726
Zinsabgrenzungen für Genussrechte	4.105.500

Im passiven Rechnungsabgrenzungsposten sind Disagiobeträge, die bei der Ausreichung von Forderungen in Abzug gebracht wurden, im Gesamtbetrag von 204 028 EUR (Vorjahr: 271 899 EUR) enthalten.

Angaben zum Posten Nachrangige Verbindlichkeiten:

Im Geschäftsjahr fielen Aufwendungen in Höhe von 1 879 100 EUR an.

Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung ist ausgeschlossen. Die Nachrangigkeit der Verbindlichkeit ist wie folgt geregelt:

Die nachrangigen Verbindlichkeiten sind im Falle des Konkurses oder der Liquidation der Bank erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückzuzahlen.

Das hereingenommene Genussrechtskapital (Anzahl der Genussrechte: 6.955) in Höhe von 105.000.000,- EUR verbrieft den Anspruch auf Partizipation am Unternehmensgewinn.

In den nachstehenden Verbindlichkeiten sind folgende Beträge enthalten, die auch Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen oder Beteiligungsunternehmen sind:

	Verbindlichkeiten gegenüber			
	verbundenen Unternehmen		Beteiligungsunternehmen	
	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (P 2)	-	26.065	-	-

Die unter dem Passivposten Gezeichnetes Kapital ausgewiesenen Geschäftsguthaben gliedern sich wie folgt:

	EUR	EUR
Geschäftsguthaben		
a) der verbleibenden Mitglieder		110.003.814
b) der ausscheidenden Mitglieder		1.976.927
c) aus gekündigten Geschäftsanteilen		142.532
Rückständige fällige Pflichteinzahlungen auf Geschäftsanteile	-	

Die Ergebnismrücklagen und die Kapitalrücklage haben sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

	Gesetzliche Rücklagen EUR	Andere Rücklagen EUR	Kapitalrücklage EUR
Stand 1. Januar 2017	57.216.210	340.857.306	20.101.824
Einstellungen			
– aus Bilanzgewinn des Vorjahres	-	6.697.960	-
– aus Jahresüberschuss des Geschäftsjahres	2.500.000	12.000.000	-
Stand 31. Dezember 2017	59.716.210	359.555.266	20.101.824

Der Vorstand schlägt vor, den Jahresüberschuss nach den im Jahresabschluss mit 2.500.000,00 Euro ausgewiesenen Einstellungen in die gesetzliche Rücklage und weitere 12.000.000,00 Euro in die anderen Ergebnismrücklagen wie folgt zu verwenden:

	EUR
2,500% Dividende auf Geschäftsguthaben	2.761.121,50
Gesetzliche Rücklage	0,00
Andere Ergebnismrücklagen	7.628.532,00
Insgesamt	10.389.653,50

Der aus der Neuregelung zur Bewertung von Altersversorgungsverpflichtungen nach § 253 Abs. 6 HGB ausschüttungs-gesperrte Betrag liegt bei 6.405.914 EUR.

Zum Bilanzstichtag bestanden Termingeschäfte folgender Art:

Diese Geschäfte wurden ausschließlich zur Absicherung eigener Geschäftspositionen im Rahmen des Bilanzstrukturmanagements abgeschlossen. Sie dienen insbesondere zur Reduzierung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos und zur Verminderung der Risiken, die sich aus Marktpreisschwankungen ergeben.

Volumen im Derivategeschäft (Angaben in Mio. Euro)

	Nominalbetrag Restlaufzeit				Beizulegender Zeitwert	Adressen- risiko
	≤1 Jahr	1–5 Jahre	> 5 Jahre	Summe		
Zinsbezogene Geschäfte						
OTC-Produkte						
Zins-Swaps (gleiche Währung)	1.100,0	1.100,0	2.800,0	5.000,0	-367,0	15,8

Der beizulegende Zeitwert der Zinsswaps wurde anhand der aktuellen Zinsstrukturkurve zum Bilanzstichtag nach der Barwertmethode ermittelt.

Von den Verbindlichkeiten und Eventualverbindlichkeiten sind durch Übertragung von Vermögensgegenständen gesichert:

Für am Bilanzstichtag bestehende derivative Finanzinstrumente sind Sicherheiten in Höhe von EUR 105.400.000,- gestellt sowie Wertpapiere im Nennwert von EUR 167.000.000,- verpfändet.

II. Gewinn- und Verlustrechnung

In den Zinserträgen sind 57.887 EUR negative Zinsen aus Einlagen bei der EZB sowie für Guthaben bei der DZ BANK AG und anderen Banken enthalten.

Die positiven Zinsen aus Bank- und Großkundeneinlagen in unserem Haus belaufen sich auf 1.170.093 EUR.

E. Sonstige Angaben

Im Geschäftsjahr beliefen sich die Gesamtbezüge der früheren Vorstandsmitglieder und deren Hinterbliebene auf 1.889.345 EUR.

Von der Möglichkeit des § 286 Abs. 4 HGB wurde Gebrauch gemacht.

Für frühere Mitglieder des Vorstandes und deren Hinterbliebene bestehen zum 31.12.2017 Pensionsrückstellungen in Höhe von 26.760.658 EUR. Hierfür bestehen Rückdeckungsversicherungen in Höhe von 19.563.869 EUR, die beim Ausweis der Pensionsrückstellungen kompensiert sind.

Am Bilanzstichtag betragen die gewährten Vorschüsse und Kredite sowie die eingegangenen Haftungsverhältnisse für

	EUR
Mitglieder des Vorstandes	1.864.422
Mitglieder des Aufsichtsrates	524.497

Geschäfte mit nahestehenden Personen und Unternehmen wurden im Rahmen des üblichen Kredit-, Einlagen- und Girogeschäfts vorgenommen.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen, die nicht in der Bilanz enthalten und nicht als Haftungsverhältnisse anzugeben, jedoch für die Beurteilung der Finanzlage von Bedeutung sind, bestehen in Form von Garantieverpflichtungen gegenüber der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. (Garantieverbund) in Höhe von 16.642.912 EUR.

Ferner besteht gemäß § 7 der Beitritts- und Verpflichtungserklärung zum institutsbezogenen Sicherungssystem der BVR Institutssicherung GmbH (BVR-ISG) eine Beitragsgarantie gegenüber der BVR-ISG. Diese betrifft Jahresbeiträge zum Erreichen der Zielausstattung bzw. Zahlungsverpflichtungen, Sonderbeiträge und Sonderzahlungen falls die verfügbaren Finanzmittel nicht ausreichen, um die Einleger eines dem institutsbezogenen Sicherungssystem angehörigen CRR-Kreditinstituts im Entschädigungsfall zu entschädigen sowie Auffüllungspflichten nach Deckungsmaßnahmen.

Gemäß Teil 8 der CRR (Art. 435 bis 455) offenzulegende Inhalte sind zum Teil im Lagebericht enthalten. Wir beabsichtigen die weiteren Angaben in einem separaten Offenlegungsbericht zu machen und auf unserer Homepage zu veröffentlichen.

Die Zahl der im Jahr 2017 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer betrug:

	Vollzeitbeschäftigte	Teilzeitbeschäftigte
Kaufmännische Mitarbeiter	439	201
Gewerbliche Mitarbeiter	4	–
	443	201

Außerdem wurden durchschnittlich 40 Auszubildende beschäftigt.

Mitgliederbewegung

		Zahl der Mitglieder	Anzahl der Geschäftsanteile	Haftsummen EUR
Anfang	2017	514.224	2.088.502	217.204.208
Zugang	2017	20.734	67.864	7.057.856
Abgang	2017	12.387	40.898	4.253.392
Ende	2017	522.571	2.115.468	220.008.672

	EUR
Die Geschäftsguthaben der verbleibenden Mitglieder haben sich im Geschäftsjahr vermehrt um	1.402.610
Die Haftsummen haben sich im Geschäftsjahr vermehrt um	2.804.464
Höhe des Geschäftsanteils	52
Höhe der Haftsumme	104

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach dem Schluss des Geschäftsjahres (Nachtragsbericht) nicht eingetreten.

Name und Anschrift des zuständigen Prüfungsverbandes:

Verband der Sparda-Banken e.V.
 Friedrich-Ebert-Anlage 35-37
 60327 Frankfurt am Main

Von den gesetzlichen Vertretern und anderen Mitarbeitern werden folgende Mandate in Aufsichtsgremien großer Kapitalgesellschaften wahrgenommen:

Gesetzlicher Vertreter/Mitarbeiter	Gremium	Kapitalgesellschaft
Martin Hettich	Aufsichtsrat	D E V K Deutsche Eisenbahn Versicherung Sach- und HUK-Versicherungsverein a.G.

Mitglieder des Vorstandes:

Martin Hettich, Vorsitzender des Vorstandes
Bernd Klink, stellvertretender Vorstandsvorsitzender
Joachim Haas, Vorstandsmitglied
Martin Buch, Vorstandsmitglied

Mitglieder des Aufsichtsrates:

Lothar Krauß (Vorsitzender), Vorsitzender der Geschäftsführung Vermögensverwaltung GmbH der EVG
Rolf Hellmann (Stellvertreter des Vorsitzenden), Bundesbahnnamtmann
Ralf Bott, Bundesbahnbetriebsinspektor Deutsche Bahn AG
Frank Gärtner, Bankmitarbeiter *
Ulrich Herb, Bankmitarbeiter *
Martin Herion, Geschäftsstellenleiter EVG
Jürgen Hoffmann, Bankmitarbeiter *
Ludwig Koller, Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats der DB Fernverkehr AG
Birgit Mehnert, Referentin Marketing, Vertrieb und Öffentlichkeitsarbeit beim Fonds zur sozialen Sicherung für Arbeitnehmer der Mobilitäts- und Verkehrsdienstleister e. V.
Ottmar Netz, Geschäftsbereichsleiter Verband Deutscher Eisenbahnfachschulen e. V. (VDEF)
Jutta Rausch, Bankmitarbeiterin *
Rita Renner-Achim, stellv. Betriebsratsvorsitzende bei der DB Vertrieb GmbH
Gottfried Rüßmann, Vorstandsvorsitzender DEVK Versicherungen
Thomas Volkmann, Bankmitarbeiter *
Susanne Weimann, Geschäftsführender Vorstand der Kinderturnstiftung Baden-Württemberg

* Arbeitnehmervertreter

Stuttgart, 13. Februar 2018

Sparda-Bank Baden-Württemberg eG

Der Vorstand

Martin Hettich

Bernd Klink

Joachim Haas

Martin Buch

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Sparda-Bank Baden-Württemberg eG (im Folgenden „Genossenschaft“) – bestehend aus der Bilanz zum 31.12.2017 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2017 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Genossenschaft für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2017 geprüft. Die im Abschnitt „Sonstige Informationen“ unseres Bestätigungsvermerks genannten Bestandteile des Lageberichts haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kreditgenossenschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Genossenschaft zum 31.12.2017 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2017 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum Lagebericht erstreckt sich nicht auf den Inhalt der im Abschnitt „Sonstige Informationen“ genannten Bestandteile des Lageberichts.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 53 Abs. 2 GenG, §§ 340k, 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von der Genossenschaft unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO i. V. m. §§ 55 Abs. 2, 38 Abs. 1a GenG, dass alle bei uns beschäftigten Personen, die das Ergebnis der Prüfung beeinflussen können, keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2017 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Nachfolgend stellen wir den aus unserer Sicht besonders wichtigen Prüfungssachverhalt „Bewertung der Kundenforderungen“ dar:

Unsere Darstellung des besonders wichtigen Prüfungssachverhaltes haben wir jeweils wie folgt strukturiert:

- a) Sachverhalt und Problemstellung
- b) Prüferisches Vorgehen und Erkenntnisse
- c) Verweis auf weitergehende Informationen

Bewertung der Kundenforderungen

- a) Die Forderungen an Kunden, saldiert mit den gebildeten Risikovorsorgen, belaufen sich auf 10.530 Mio. EUR. Dies entspricht 78,2% der Bilanzsumme. Die Identifizierung von Wertminderungen und die Ermittlung von Einzelwertberichtigungen unterliegen wesentlichen Schätzungsunsicherheiten und Ermessensspielräumen. Das Risiko für den Jahresabschluss liegt darin, dass Wertberichtigungsbedarf nicht rechtzeitig identifiziert wird bzw. die Höhe der Wertberichtigung nicht sachgerecht ermittelt wird. Daher ist die zutreffende Bewertung der Kundenforderungen für den Jahresabschluss und insbesondere die Ertragslage von zentraler Bedeutung und stellt nach unserer Einschätzung einen besonders wichtigen Prüfungssachverhalt dar.
- b) Wir haben zunächst im Rahmen einer Aufbauprüfung untersucht, ob die Systeme bzw. Prozesse der Genossenschaft so ausgestaltet sind, dass eine gegebenenfalls erforderliche Risikovorsorge identifiziert und in ausreichendem Umfang gebildet werden kann. Im Rahmen einer Funktionsprüfung haben wir unter Berücksichtigung der eingerichteten Kontrollen anhand einer Stichprobe von Kundenforderungen untersucht, ob die tatsächliche Anwendung der organisatorischen Vorgaben der Genossenschaft den Soll-Vorgaben entspricht. Unter Berücksichtigung der Erkenntnisse der Aufbau- und Funktionsprüfung haben wir uns anhand einer risikoorientierten Auswahl von Kundenforderungen mittels Einzelfallprüfung von der Notwendigkeit und – soweit erforderlich – der Angemessenheit einer Risikovorsorge überzeugt.
- c) Weitere Angaben der Genossenschaft zur Bilanzierung und Bewertung von Kundenforderungen sind im Anhang im Abschnitt „Erläuterungen zu den Bilanzierungs-, Bewertungs- und Umrechnungsmethoden“ enthalten.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich.

Die sonstigen Informationen umfassen den folgenden nicht inhaltlich geprüften Bestandteil des Lageberichts:

- die Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB (Angaben zur Frauenquote)

Die sonstigen Informationen umfassen zudem

- den gesonderten nichtfinanziellen Bericht nach den §§ 289b bis 289e HGB,
- die übrigen Teile des Geschäftsberichts – ohne weitere Querverweise auf externe Informationen – mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses und Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Davon werden uns voraussichtlich nach dem Datum dieses Bestätigungsvermerks zur Verfügung gestellt:

- der gesonderte nichtfinanzielle Bericht nach den §§ 289b bis 289e HGB,
- die übrigen Teile des Geschäftsberichts – ohne weitere Querverweise auf externe Informationen – mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses und Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zum Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter der Genossenschaft sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kreditgenossenschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Genossenschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Genossenschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Genossenschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 53 Abs. 2 GenG, §§ 340k, 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.

- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Genossenschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Genossenschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Genossenschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann..
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Genossenschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Genossenschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit dem Aufsichtsrat unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutende Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber dem Aufsichtsrat eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihm alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit dem Aufsichtsrat erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir sind als zuständiger Prüfungsverband gesetzlicher Abschlussprüfer der Genossenschaft.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit unserer Berichterstattung an den Aufsichtsrat nach Artikel 11 EU-APrVO i. V. m. § 58 Abs. 3 GenG (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Bei uns beschäftigte Personen, die das Ergebnis der Prüfung beeinflussen können, haben folgende Leistungen, die nicht im Jahresabschluss oder im Lagebericht der geprüften Genossenschaft angegeben wurden, zusätzlich zur Abschlussprüfung für die geprüfte Genossenschaft bzw. für die von dieser beherrschten Unternehmen erbracht:

- Sonstige separate Bestätigungsleistungen an die Bankenaufsicht,
- Sonstige separate Bestätigungsleistungen im Zusammenhang mit der Einlagensicherung,
- Wertpapierdienstleistungsprüfung nach § 36 Abs. 1 Satz 1 WpHG a.F.,
- Nach § 319a Abs. 1 HGB bzw. Art. 5 EU-APrVO zulässige Steuerberatungsleistungen,
- Schulungs- und Seminarleistungen.

Verantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Heiko Hunkel.

Frankfurt am Main, den 24. April 2018

Verband der Sparda-Banken e.V.

gez. Uwe Sterz
Wirtschaftsprüfer

gez. i. V. Heiko Hunkel
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrates

Weiterer Zuwachs an Mitgliedern und ein gutes Gesamtergebnis

Das Geschäftsjahr 2017 war von sehr niedrigen Kundenzinsen und negativen Zentralbankzinsen geprägt.

Unsere Kunden mussten aber in diesem Umfeld weiterhin keine negativen Zinsen bzw. Verwarentgelte für ihre Einlagen bezahlen. Allein dies ist ein wichtiger Beitrag zur Mitgliederförderung und zeigt die verlässliche Ausrichtung unseres genossenschaftlichen Geschäftsmodells.

Darüber hinaus ist die gebührenfreie Kontoführung und die Fokussierung auf Privatkunden über Einlagen und Baufinanzierungen der verlässliche Anker für unsere Kunden. Mit dieser Ausprägung konnte die Mitgliederzahl in 2017 weiter ausgebaut werden.

Die Kosten der Regulatorik sind in 2017 weiter gestiegen. Die jährlichen Zusatzbelastungen belaufen sich inzwischen auf über 10 Mio. EUR. Trotz dieser Belastung wurde ein gutes Gesamtergebnis erzielt. Die Rücklagen zur Verbesserung der Eigenkapitalausstattung konnten in notwendigem Umfang gebildet werden.

Alle gesetzlichen und regulatorischen Anforderungen wurden in 2017 umgesetzt und in die Geschäftsstrategie sowie geschäftlichen Abläufe integriert.

Investitionen in die Digitalisierung wurden ausreichend getätigt und durch umfassende Projekte für die Zukunft vorbereitet. Für die Zukunft unserer Bank ist diese Investitions- und Veränderungsbereitschaft ein wichtiger Beitrag.

Weiterhin gilt: Digital ist viel, aber nicht alles. Der persönliche Kontakt zu unseren Kunden in den Filialen oder am Telefon wird auch in Zukunft eine wichtige Erfolgskomponente bleiben. Gerade bei der Baufinanzierung und der umfassenden Anlageberatung ist der persönliche Kontakt sehr wichtig.

In einem sehr anspruchsvollen Umfeld hat sich die Bank im Markt gut entwickelt. Mit einfachen, leistungsstarken Produkten, modernen Serviceleistungen und einer sehr guten Kundenberatung und Kundenbetreuung haben wir erneut überzeugt. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter überzeugen durch ihre freundliche und faire Grundausrichtung und begeistern so die Mitglieder sowie Kunden.

Der Aufsichtsrat hat im Berichtsjahr 2017 seine gesetzliche, satzungs- und geschäftsordnungsgemäße Kontrollfunktion voll umfänglich wahrgenommen. Hierbei hat der Aufsichtsrat die Arbeit des Vorstandes satzungsgemäß überwacht und beratend begleitet. Er fasste die in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Beschlüsse. Dies umfasste auch die Befassung mit der Prüfung nach § 53 GenG.

Der Vorstand unterrichtete den Aufsichtsrat regelmäßig, zeitnah und ausführlich über die Unternehmensplanung und die wirtschaftliche, strategische und finanzielle Entwicklung der Bank.

Der Aufsichtsratsvorsitzende stand stets in engem Kontakt mit dem Vorsitzenden des Vorstandes und wurde von diesem regelmäßig über die aktuelle Geschäftsentwicklung der Bank und die anstehenden unternehmerischen Entscheidungen und das Risikomanagement informiert.

Der Aufsichtsrat ließ sich über die Geschäftsentwicklung, die Vermögens-, Risiko-, Finanz- und Ertragslage, über die wesentlichen Geschäftsvorfälle, die Geschäftspolitik und die Personalpolitik des Vorstandes ausführlich unterrichten.

Der Aufsichtsrat verschaffte sich im Rahmen seiner Tätigkeit einen aktuellen Eindruck über die Entwicklung aller Kernbereiche der Bank und kann daher eine gute Entwicklung der Sparda-Bank Baden-Württemberg bestätigen. Die nachhaltige Zukunftsfähigkeit der Bank durch eine entsprechende Eigenkapitalbildung ist weiterhin die zentrale Aufgabenstellung, der wir auch künftig eine besondere Aufmerksamkeit widmen.

Der Aufsichtsrat hat von seinem Recht auf Berichterstattung durch den Vorstand und auf bestehende anderweitige Auskunfts- und Informationsrechte nach pflichtgemäßem Ermessen Gebrauch gemacht. Regelmäßig wurde der Aufsichtsrat über die Einhaltung der Mindestanforderungen an das Risikomanagement der Kreditinstitute informiert.

Die Risikoberichte enthielten keine Auffälligkeiten; die eingeräumten Risikobudgets wurden stets eingehalten. Ferner hat sich der Aufsichtsrat umfänglich durch den Vorstand über die Tätigkeiten der internen Revision unterrichten lassen.

Im Geschäftsjahr 2017 fanden 5 Aufsichtsratssitzungen und eine Klausursitzung gemeinsam mit dem Vorstand statt. Darüber hinaus haben die entsprechenden Ausschüsse sich in eigenen Sitzungen zu den jeweiligen Aufgabenstellungen mit dem Vorstand ausgetauscht.

Der Präsidialausschuss des Aufsichtsrats trat im Berichtsjahr zu fünf Sitzungen zusammen und stand zu allen wesentlichen geschäftspolitischen Fragen in ständigem Kontakt mit dem Vorstand. Dabei wurden insbesondere die jeweiligen Schwerpunktthemen der Sitzungen des Aufsichtsrats vorbereitet.

Die weiteren Ausschüsse des Aufsichtsrats, der Prüfungsausschuss, der Kreditausschuss, der Nominierungsausschuss und der Risikoausschuss berichteten über ihre Tätigkeiten regelmäßig in den Sitzungen des Gesamtaufichtsrates.

Seit 2014 ist eine jährliche Effizienzprüfung des Aufsichtsrates für alle Kreditinstitute verpflichtend. Diese Prüfung haben wir im Jahr 2017 mit positivem Ergebnis durchgeführt. Anhaltspunkte zur Verbesserung der Arbeit des Aufsichtsrates, der Arbeit des Vorstandes und zwischen den Gremien wurden aufgegriffen und umgesetzt.

Die Mitglieder des Aufsichtsrates haben sich im Jahr 2017 mit der Teilnahme an Seminaren und Weiterbildungsveranstaltungen umfassend fachlich fortgebildet, um den steigenden Anforderungen und laufenden Aufgabenveränderungen gerecht zu werden.

Gemäß KWG hat der Aufsichtsrat eine Genderstrategie zur Förderung der Vertretung des unterrepräsentierten Geschlechts im Aufsichtsrat entwickelt und entsprechende Ziele festgelegt.

Der Aufsichtsrat besteht aktuell aus 15 Mitgliedern, davon 4 Frauen.

Der Aufsichtsrat hat für seine Genderstrategie folgende Ziele beschlossen:

- Der Aufsichtsrat fördert in Wort und Schrift die Gleichstellung der Geschlechter und bekennt sich zu den Vorteilen der Gender-Strategie.
- Er legt Wert darauf, dass im Gesamtaufichtsrat als auch in den Ausschüssen jeweils eine angemessene Besetzung beider Geschlechter angestrebt wird.
- Vor anstehenden Wahlen sollen daher gezielt qualifizierte Kandidatinnen und Kandidaten des unterrepräsentierten Geschlechts gesucht und zur Kandidatur motiviert werden.

Die gesetzlich vorgeschriebene Prüfung des vom Vorstand vorgelegten Jahresabschlusses sowie des Lageberichts wurde vom Verband der Sparda-Banken e.V. durchgeführt. Über das Prüfungsergebnis wird in der Vertreterversammlung ausführlich berichtet.

Der Aufsichtsrat hat den vorliegenden Jahresabschluss, den Lagebericht und den Vorschlag für die Verwendung des Jahresüberschusses für das Geschäftsjahr 2017 geprüft und in Ordnung befunden. Er stimmt sowohl dem Jahresabschluss als auch dem Vorschlag zur Verwendung des Jahresüberschusses für das Geschäftsjahr 2017 einstimmig zu. Weiter hat der Aufsichtsrat den erstmals nach § 289b HGB erstellten gesonderten nicht-finanziellen Bericht unserer Bank geprüft.

Der Vertreterversammlung, die am 19. Juni 2018 in Stuttgart stattfindet, empfiehlt der Aufsichtsrat, den vom Vorstand vorgelegten Jahresabschluss zum 31.12.2017 festzustellen und die vorgeschlagene Verwendung des Jahresüberschusses zu beschließen.

Das Genossenschaftsmodell „Sparda“ ist auch im Geschäftsjahr 2017 bei den Kunden und Mitgliedern gut angekommen. Die Marktanteile über Einlagen und Baufinanzierungen konnten behauptet, die Anzahl der Mitglieder weiter ausgebaut werden.

Die Zufriedenheit der Kunden und Mitglieder ist weiterhin sehr hoch, was durch zahlreiche Auszeichnungen zum Ausdruck kommt. Dies ist eine gute Basis für die Zukunft und Grundlage einer aktiven Weiterempfehlung unserer Bank.

Ein herzlicher Dank gilt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie dem Vorstand der Sparda-Bank für ihr unermüdliches Engagement und den Mut, die Veränderungen der Zeit anzugehen.

Der Aufsichtsrat dankt ganz besonders den Kundinnen und Kunden der Sparda-Bank für das erwiesene Vertrauen und die verlässliche, gelebte Partnerschaft als Grundlage für das gute Ergebnis des Geschäftsjahres 2017.

Stuttgart, den 24.04.2018

Lothar Krauß
Aufsichtsratsvorsitzender

Nachhaltigkeitsbericht 2017



Allgemeine Informationen

Die Sparda-Bank Baden-Württemberg eG ist eine Genossenschaftsbank. In ihr arbeiten Menschen für Menschen. Wir übernehmen Verantwortung als Finanzinstitut für alle Bevölkerungsschichten. Ob Immobilienkrise, Finanzkrise, Schulden- oder Eurokrise – mit unserer bewusst konservativen Geschäftspolitik sind wir bisher unbeschadet durch alle Krisen gekommen. Mehr noch: Wir konnten weiteres Wachstum generieren, was unseren Mitgliedern in Form attraktiver Zinsangebote und günstiger Darlehen direkt zugutekommt.

Unser Unternehmensziel als Genossenschaftsbank ist nicht Gewinnmaximierung, sondern die Förderung unserer Mitglieder. So steht es in unserer Satzung. Und wer bei uns Mitglied ist, hat Genossenschaftsanteile erworben. Damit gehört ihm ein Stück der Bank, und wir sind ihm als Anteilseigner verpflichtet. Dementsprechend bieten wir neben günstigen Konditionen und dem SpardaGirokonto mit null Euro Kontoführung auch stets eine faire Beratung sowie verständliche und transparente Finanzprodukte, zum Vorteil unserer Kunden. Nicht von ungefähr sind wir seit vielen Jahren in Folge die Filialbank mit den zufriedensten Kunden laut Kundenmonitor Deutschland.

Darüber hinaus nehmen wir als führende genossenschaftliche Bank in Baden-Württemberg Verantwortung in der Region als Arbeitgeber und als Förderer vieler sozialer und kultureller Projekte wahr.

Die Bilanzsumme der Sparda-Bank Baden-Württemberg eG betrug am 31. Dezember 2017 13,47 Mio. EUR. Damit sind wir die größte Sparda-Bank in Deutschland. Die Kernkapitalquote belief sich am Stichtag auf 15,08 %. Im Jahresdurchschnitt hatten wir 716 Mitarbeiter in 2017. Die Zahl der Mitglieder stieg bis Jahresende auf 522.571 an. Der Fokus der Sparda-Bank Baden-Württemberg eG liegt im Privatkundengeschäft. Hauptgeschäftsfelder sind der Zahlungsverkehr, Einlagen, Wohnbaufinanzierungen und Provisionsgeschäfte im Wertpapier-, Versicherungs- und Bausparbereich.

Kriterien 1 – 10: Nachhaltigkeitskonzept

Kriterien 1–4 zu STRATEGIE

1. Strategische Analyse und Maßnahmen

Bei der Zukunftsgestaltung der Sparda-Bank Baden-Württemberg eG spielt das Thema Nachhaltigkeit in ihren drei Dimensionen Ökonomie, Ökologie und Soziales eine gewichtige Rolle. Nachhaltigkeit ist integraler Bestandteil unserer Unternehmenspolitik und auch unserer Geschäftsstrategie. Aufbauend auf der Stärke unserer regionalen Identität wollen wir die Chancen aus der Nachhaltigkeit zur Schärfung des eigenen Profils und der Marke nutzen und somit auch die Bindung bzw. Gewinnung von Kunden und Mitglieder fördern.

Aus der Verankerung der Nachhaltigkeit in der Geschäftsstrategie heraus haben wir ein Konzept mit sieben übergeordneten Handlungsfeldern entwickelt. Dieses Konzept wird 2018 in die Geschäftsstrategie integriert:

- Ökonomisches und sparsames Wirtschaften, um die wirtschaftliche Entwicklung unserer Mitglieder zu fördern und sichere Arbeitsplätze gewährleisten zu können.
- Schonung und Reduzierung der Inanspruchnahme natürlicher Ressourcen insbesondere im Geschäftsbetrieb, um einerseits die Umwelt zu entlasten und andererseits Kosten zu senken.
- Kulturelles und soziales Engagement, um den sozialen Zusammenhalt in unserem Geschäftsgebiet zu stärken.
- Maßhalten und Fair Play, um allen Bevölkerungsschichten den Zugang zu Finanzdienstleistungen und einem grundsätzlich gebührenfreien Girokonto zu ermöglichen.
- Konsequente Fokussierung auf unser regionales Kerngeschäft, um die wirtschaftliche Entwicklung der Region und ihrer Einwohner zu stärken.
- Einbindung von Mitgliedern, Kunden, Mitarbeitern und gesellschaftlich relevanten Gruppen in der Region im Rahmen von Dialogen, um Vertrauen, Zusammenarbeit und Weiterentwicklung der Mitglieder und ihrer Sparda-Bank sicherzustellen.
- Positionierung als attraktiver, familienfreundlicher und gesundheitsfördernder Arbeitgeber.

Für die Handlungsfelder haben wir bereits Maßnahmen entwickelt und umgesetzt. Hierüber berichten wir beim jeweiligen Kriterium (Beispiel: Maßnahmen zur Senkung des Stromverbrauches im Geschäftsbetrieb, siehe Kriterium 12). Die Maßnahmen werden in 2018 anhand der Handlungsfelder systematisiert.

Das Bewahren von Tradition bei gleichzeitiger Anpassung an die Anforderungen der digitalen Zukunft des Bankwesens, langfristige Kooperationen mit bewährten Partnern in den Bereichen Bausparen, Fondssparen und Versicherungen, Nähe zum Kunden und zu unseren Mitgliedern sowie Zuverlässigkeit und Transparenz – das ist der Weg, auf dem die Sparda-Bank Baden-Württemberg eG bisher erfolgreich war und auch in Zukunft voranschreiten wird.

Der Deutsche Nachhaltigkeitskodex und seine Kriterien basieren auf den wesentlichen internationalen Nachhaltigkeitsstandards. Durch die Orientierung am Deutschen Nachhaltigkeitskodex stellt die Sparda-Bank Baden-Württemberg eG sicher, dass sie sich zu den wesentlichen internationalen Standards bekennt und damit ihr Handeln auf lokaler Ebene in den Kontext der globalen Nachhaltigkeitsherausforderungen stellt.

2. Wesentlichkeit

Die internationale Staatengemeinschaft hat sich mit dem Klimaabkommen von Paris zum Ziel gesetzt, die Erderwärmung zu begrenzen. Wir als Sparda-Bank Baden-Württemberg eG möchten im Rahmen unserer Geschäftstätigkeit einen aktiven Beitrag leisten, indem wir uns bemühen, unseren ökologischen Fußabdruck so gering wie möglich zu halten.

Wir nehmen aktiv Einfluss auf eine ökologisch nachhaltige Entwicklung, indem wir nicht nur im Geschäftsbetrieb ökologische Aspekte berücksichtigen, sondern wir ermöglichen mit unserem neuen, genossenschaftlich organisierten Partner GENO ENERGIE unseren Kunden den Umstieg auf „grünen Strom“ aus Wind- und Sonnenenergie.

Als führender Baufinanzierer setzen wir uns aktiv für energieeffizientes Bauen & Sanieren in der Region ein. Unsere kompetente Beratung zu den Fördermitteln von KfW und L-Bank trägt dazu bei. Seit Jahren ist die Sparda-Bank Baden-Württemberg eG einer der führenden Institute zur Vermittlung von Fördermitteln in Baden-Württemberg.

Im Bereich Geldanlagen bieten wir über unseren Kooperationspartner Union Investment Investmentfonds gemäß unserer Hausmeinung an. Darunter sind auch nachhaltige Investmentfonds berücksichtigt.

Der demografische Wandel beeinflusst uns als Finanzinstitut sowohl im Kundengeschäft wie auch als Arbeitgeber. Dieser wirkt einerseits auf uns ein, da das Durchschnittsalter unserer Kunden zunimmt. Andererseits verstehen wir uns als gestaltende Kraft, indem wir für junge wie ältere Menschen als Bank und Arbeitgeber attraktive Angebote bieten oder auch Akzente im Bereich Barrierefreiheit setzen. Sofern baulich machbar, achten wir auf barrierefreien Zugang zu Filialen.

Der Trend zur Digitalisierung verändert unsere Geschäftsprozesse grundlegend. Viele Bankgeschäfte können inzwischen digital abgewickelt werden. Wir selbst nehmen aktiv Einfluss auf diese Prozesse, indem wir zum Beispiel Videoberatung anbieten oder die elektronische Bereitstellung und Archivierung von Kontoauszügen forcieren. So verbinden wir die Chancen der Digitalisierung mit ökonomisch und ökologisch sinnvollem Handeln.

Kraft Rechtsform als „eingetragene Genossenschaft“ ist für uns die Förderung unserer Mitglieder wesentlich. Durch unsere regionale Verwurzelung tragen wir zur Stabilität und Prosperität der regionalen Wirtschaft bei.

Innerhalb der genossenschaftlichen Bankengruppe in Baden-Württemberg sind wir ein wesentlicher Arbeitgeber, wir gehören zu den größten Genossenschaftsbanken in Deutschland.

Darüber hinaus sind wir über unseren Gewinnspareverein und unsere Stiftungen ein wichtiger Förderer sozialer und kultureller Projekte.

Da wir auf das Privatkundengeschäft fokussiert sind, beeinflussen diejenigen Transformationsprozesse, die speziell auf Unternehmen als Kunden zukommen, unsere Geschäftstätigkeit nicht wesentlich.

3. Ziele

Regionale und genossenschaftliche Identität bilden für die Sparda-Bank Baden-Württemberg eG die Rahmenparameter für nachhaltiges Handeln. Deshalb haben wir den Nachhaltigkeitsbegriff mit seinen Dimensionen Ökonomie, Ökologie und Soziales in unserer Geschäftsstrategie bereits fest verankert.

Auf dieser Basis haben wir in 2017 die im 1. Kriterium erwähnten Handlungsfelder identifiziert. Innerhalb der Handlungsfelder haben wir bereits konkrete Maßnahmen entwickelt und umgesetzt, über die wir in den folgenden Kapiteln berichten. Für 2018 werden die Handlungsfelder in die Geschäftsstrategie integriert. In 2018 werden wir die Datenqualität ausbauen, so dass in den Folgejahren konkrete Ziele gefasst, priorisiert und anhand geeigneter Messinstrumente kontrolliert werden können. Damit rücken wir die Bedeutung nachhaltigen Handelns noch stärker in den Fokus unserer Tätigkeit.

4. Tiefe der Wertschöpfungskette

Kerngeschäft (Bankgeschäft):

Als Finanzdienstleister erbringen wir die Wertschöpfung im Wesentlichen selbst und richten sie auf die Region aus. Die Einlagen unserer Kunden aus der Region fließen überwiegend in Wohnungsbaudarlehen in die Region zurück. Damit leisten wir einen Beitrag für regionale, überschaubare Kreisläufe. Was in der Nachhaltigkeitsdebatte gefordert wird, ist bei uns eine Selbstverständlichkeit: die konsequente Ausrichtung unserer Geschäftstätigkeit an der Realwirtschaft. Unsere restlichen Dienstleistungen erhalten wir über unsere Verbundpartner Union Investment (Investmentfonds), dem BHW (Bauspargeschäft), die DEVK (Versicherungsgeschäft) und die TeamBank (easyCredit). In unserer Angebotspalette beziehen wir sowohl im Anlagebereich (nachhaltige Investmentfonds) als auch im Kreditbereich (Darlehen für energetische Vorhaben) Nachhaltigkeitskriterien ein.

Bankbetrieb:

Hierzu gehören insbesondere unsere Gebäude, die Fahrzeugflotte, IT-Produkte, Büromaterial sowie Handwerkerleistungen. Um mögliche Risiken in der Wertschöpfungskette zu minimieren, beziehen wir Produkte für den laufenden Geschäftsbetrieb sowie Handwerkerleistungen weitestgehend aus der Region. Beim Bezug von Produkten beziehen wir nach Möglichkeit auch Nachhaltigkeitskriterien mit ein (zum Beispiel Nachhaltigkeitssiegel beim Papiereinkauf).

Somit stellen wir uns in angemessener Weise den sozialen und ökologischen Problemstellungen der einzelnen Produktionsstufen im Bankgeschäft wie auch im Bankbetrieb.

Kriterien 5–10 zu PROZESSMANAGEMENT

5. Verantwortung

Die oberste Verantwortung für das Thema Nachhaltigkeit nimmt der Vorstand wahr. Darunter fällt auch die in 2018 geplante Integration der bereits beschriebenen Handlungsfelder in die Geschäftsstrategie der Sparda-Bank Baden-Württemberg eG. Auf operativer Ebene hat der Vorstand mit Vorstandsbeschluss im September 2017 ein Gremium geschaffen, das aus verschiedenen Abteilungen der Bank gebildet wurde. Zu seinen Aufgaben gehört die Weiterentwicklung der Handlungsfelder, der zugehörigen Maßnahmen und des Nachhaltigkeitsprozesses.

Einige Beauftragte aus dem Gremium stehen in regelmäßigem Austausch mit Nachhaltigkeitskoordinatoren der anderen Sparda-Banken. Durch den Austausch entstehen wichtige Impulse zur Weiterentwicklung der Nachhaltigkeit innerhalb des Unternehmens.

6. Regeln und Prozesse

Nachhaltigkeit ist, wie schon in Kriterium 1 beschrieben, fester Bestandteil unserer Geschäftsstrategie. Das Nachhaltigkeitsgremium setzt sich aus Vertretern unterschiedlicher Fachbereiche der Sparda-Bank Baden-Württemberg eG zusammen. Die Vertreter treffen die operativen Entscheidungen ihres jeweiligen Fachbereiches in enger Abstimmung mit ihrem jeweiligen Fachvorstand in regelmäßigen, meist in monatlichem Turnus stattfindenden Arbeitstreffen. Im Einklang mit der Aufnahme der sieben Handlungsfelder in die Geschäftsstrategie in 2018 werden die daraus entwickelten Maßnahmen durch den jeweiligen Fachvorstand überwacht.

7. Kontrolle

Nachhaltigkeit ist in der Geschäftsstrategie verankert. Aus den sieben Handlungsfeldern haben wir konkrete Maßnahmen entwickelt, die in den nächsten Jahren ausgebaut werden.

Folgende Leistungsindikatoren haben wir für das Geschäftsjahr 2017 ermittelt:

- Im Bereich der Umweltdaten (Kriterien 11-13) sind dies: Wasserverbrauch, Stromverbrauch, Heizung, Papier, Treibhausgasemissionen
- Im Bereich Arbeitnehmerbelange (Kriterien 14-16) sind dies: Gesamtzahl der Mitarbeiter, davon Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigte, Auszubildende, Ausbildungsquote, Maßnahmen zum Gesundheitsschutz, Weiterbildungstage, Gesamtaufwand für die Weiterbildung.

Leistungsindikatoren zu den Kriterien 5 bis 7

Hohe Servicequalität für Kunden und Mitglieder ist seit vielen Jahren Teil unseres Markenkerns. Sie spiegelt sich in unseren sogenannten „Servicestandards für uns alle“ wider, die wir schriftlich festgelegt und an alle Mitarbeiter kommuniziert haben. Sie wirken nicht nur im Kundenkontakt, sondern umfassen inhaltlich auch das Selbstverständnis für den Umgang der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter untereinander. Die Servicestandards teilen sich in vier Bereiche auf: „Kommunikationsstandards“ (Telefonstandards, E-Mail-Standards, Brief-Standards, Reklamationsstandards), „Erscheinungsbild“, „Aufmerksames Verhalten im Geschäftsalltag“ und „Selbstverständnis“. Wir fördern damit die Gemeinschaft der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die Qualität der Kundenbeziehungen.

Qualität und soziales Handeln im Unternehmen zeigen wir auch durch unsere Richtlinien zur Barrierefreiheit. Sämtliche Filialen und SB-Service-Punkte des Unternehmens wurden, soweit die baulichen Voraussetzungen das zuließen, mit automatischen Türanlagen, Rampen und Aufzügen ausgestattet. Viele der Selbstbedienungs-Geräte können dank einer Tastatur mit erfassbaren Symbolen und einem Kopfhöreranschluss auch von sehbehinderten Menschen benutzt werden. Die Bekämpfung von Korruption und Bestechung ist fester Bestandteil unserer Bank.

8. Anreizsysteme

Die Vergütung der Mitarbeiter der Sparda-Bank Baden-Württemberg eG ist konzeptionell in den Grundsätzen zu den Vergütungssystemen der Sparda-Bank Baden-Württemberg eG geregelt und orientiert sich an §25a Absatz 1 Nr. 6 KWG in Verbindung mit § 3 Absatz 11 Institutsvergütungsverordnung und den sogenannten MaComp BT 8. Die monatliche Vergütung richtet sich nach der tariflichen Eingruppierung sowie dem Berufsjahr des Mitarbeiters. Zusätzlich werden positions- und leistungsbezogene fixe Zulagen gewährt. Eine direkte Beteiligung der Mitarbeiter an Provisionszahlungen der Kooperationspartner besteht nicht. Es wird vielmehr eine Erfolgsbeteiligung bei Erreichen der vereinbarten Unternehmensziele gemäß der Geschäftsstrategie und Jahresplanung ausgeschüttet. Es besteht eine ausreichende Obergrenze der variablen Erfolgsbeteiligung in Höhe von 25 % des Bruttoeinkommens. Dadurch werden negative Anreize und signifikante Abhängigkeiten von der variablen Vergütung für die Mitarbeiter vermieden. Nachhaltigkeitsaspekte sind bislang nicht Bemessungsgrundlage der variablen Vergütung. Gleichwohl spielen qualitative Kriterien zur Wahrung der Kundeninteressen eine Rolle.

Der Aufsichtsrat evaluiert als Überwachungsorgan die Sicherstellung der vereinbarten langfristigen Oberziele der Bank durch den Vorstand. Um dies auch unterjährig transparent zu ermöglichen, berichtet der Vorstand dem Aufsichtsrat regelmäßig über die Geschäftsentwicklung und den Zielerreichungsstand. Die Vergütungssysteme werden jährlich auf Angemessenheit überprüft.

Leistungsindikatoren zu Kriterium 8

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten ausschließlich eine Aufwandsentschädigung für ihre Tätigkeit. Diese erfolgt nach der Empfehlung des Verbands der Sparda-Banken e.V.

Die Vergütungssysteme der Sparda-Bank Baden-Württemberg eG orientieren sich am langfristigen Erfolg der Bank. Die Bank ist tarifgebunden und die Mitarbeiter werden nach dem zwischen den Sparda-Banken und der ver.di/EVG ausgehandelten Tarifvertrag vergütet.

Die Vergütung der Vorstandsmitglieder bemisst sich nach dem zugrundeliegenden Dienstvertrag und entspricht der Institutsvergütungsverordnung mit jährlicher Überprüfung.

Die Sparda-Bank Baden-Württemberg eG erhebt diesen Indikator aus wettbewerblichen Gründen nicht. Sie beschäftigt nur Mitarbeiter im Inland. Die Vergütungsparameter werden unter Berücksichtigung der Institutsvergütungsverordnung regelmäßig auf ihre Angemessenheit überprüft und entsprechen den Vorgaben des Tarifvertrages.

9. Beteiligung von Anspruchsgruppen

Unsere relevanten Anspruchsgruppen haben wir einerseits aus den genossenschaftlichen Strukturen (Mitgliederförderung) und andererseits aus der Verankerung in der Region identifiziert. Da wir kein Firmenkundengeschäft betreiben, umfasst die Anspruchsgruppe „Kunden“ überwiegend Privatkunden. Etwa 76 Prozent unserer Kunden sind Mitglieder unserer Genossenschaft. Für die Sparda-Bank Baden-Württemberg eG gelten daher folgende Anspruchsgruppen als relevant: Mitglieder beziehungsweise deren gewählte Vertreter für die Vertreterversammlung, Aufsichtsrat, Mitarbeiter, Kunden, Kooperationspartner und Vermittler, Lieferanten.

Die Anspruchsgruppen werden bei der Produkt- und Innovationsentwicklung in Form von Befragungen, gemeinsamen Treffen und Terminen oder Versammlungen zu Rate gezogen. Wir sind ebenso wie die Mehrzahl unserer Mitarbeiter in Baden-Württemberg verwurzelt. Als in Baden-Württemberg verankertes Kreditinstitut führen wir im Rahmen unserer Geschäftstätigkeit und unseres gesellschaftlichen Engagements einen kontinuierlichen Austausch mit unseren Kunden und Mitgliedern, den gesellschaftlichen Institutionen, unseren Partnern und den Bürgern durch. Der Austausch mit unseren Anspruchsgruppen trägt dazu bei, unser Produkt- und Leistungsangebot kontinuierlich weiterzuentwickeln.

Leistungsindikatoren zu Kriterium 9

Aus dem Dialog mit unseren Anspruchsgruppen sind folgende Themen hervorgegangen:

Aus dem Austausch mit anderen Sparda-Banken und unserem Kooperationspartner Schutzgemeinschaft Deutscher Wald ist beispielsweise die Idee der Pflanzung eines Baumes für jeden Mitarbeiter der Sparda-Bank Baden-Württemberg eG entstanden, die in 2017 umgesetzt wurde. Ab 2018 startet die Pflanzung je eines Baumes pro Neueröffnung eines Girokontos. Somit machen wir unseren Kunden schon bei Aufnahme der Geschäftsverbindung die Bedeutung ökologischer Aspekte deutlich.

Die Kooperation mit Ökostrom-Partnern wie GENO ENERGIE entstand aus dem Austausch mit unseren Kunden.

Auch die verstärkte Kommunikation über unsere Nachhaltigkeits-Projekte im Kundenmagazin, unserem Newsletter oder unserer Website spardawelt.de sowie in Social Media, wurde über unsere Kunden und unsere Mitarbeiter angeregt.

10. Innovations- und Produktmanagement

Als Finanzdienstleister haben die angebotenen Produkte der Sparda-Bank Baden-Württemberg eG indirekte ökologische Auswirkungen. Diese sind im Vergleich mit Finanzdienstleistern, die Unternehmenskundengeschäft betreiben, deutlich geringer. Das Selbstverständnis und der genossenschaftliche Auftrag tragen dazu bei, den wirtschaftlichen Wohlstand der Region zu fördern. Unsere Angebote helfen unter anderem dabei, dass die Einwohner unserer Region in jedem Lebensabschnitt gut versorgt sind.

Unsere Produkte richten sich nach den Bedürfnissen unserer Kunden. Neue Produkte unterliegen strengen Qualitätskontrollen und Testdurchläufen, bevor wir diese den Kunden anbieten. Wir tauschen uns mit anderen Sparda-Banken und unserem Verband zu Best-Practice-Beispielen aus und verbessern so unsere Kundenzufriedenheit. Gemeinsam mit innovativen Partnern versuchen wir kontinuierlich das digitale Erlebnis der Sparda-Bank Baden-Württemberg eG zu verbessern. Dies erleichtert unseren Kunden Bankgeschäfte zu erledigen und erlaubt es uns, durch effiziente Prozesse den ökologischen Fußabdruck von Bankgeschäften zu verringern. Ein Beispiel ist die digitale Postbox, in der unsere Kunden ihre Kontoauszüge rechtssicher ablegen können. Durch unsere kontinuierliche Verbesserungskultur binden wir unsere Mitarbeiter hierbei stets mit ein.

Auch innerhalb der Sparda-Gruppe kommt es zu einem regelmäßigen Austausch der bereits in Kapitel 5 erwähnten Nachhaltigkeitsbeauftragten. Wir nehmen daran regelmäßig teil.

Neben der Postboxnutzung, um Papier für die Kontoauszüge zu sparen, bieten wir unseren Kunden Videoberatung an. Auch das Girokonto kann fallabschließend online eröffnet werden. Das spart unnötige Anfahrtswege mit dem Auto und damit CO₂-Emissionen.

Produkte und Dienstleistungen der Sparda-Bank Baden-Württemberg eG werden im Rahmen des alltäglichen Beratungsprozesses fortlaufend überprüft und bei Bedarf verändert. Konkretes Beispiel ist die Forcierung des Förderkreditgeschäfts im Energieeffizienzbereich, das für unser Geschäftsmodell mit starkem Baufinanzierungsgeschäft für private Bauherren von herausragender Bedeutung ist. Derzeit sind in unserer Hausmeinung folgende drei Nachhaltigkeitsfonds definiert: UniRak Nachhaltig A, UniRak Nachhaltig Konservativ A und UniNachhaltig Aktien Global.

Leistungsindikatoren zu Kriterium 10

Die Sparda-Bank Baden-Württemberg eG arbeitet bei Finanzanlagen mit der Investmentgesellschaft Union Investment zusammen.

Der Investment-Kooperationspartner Union Investment hat sich in 2012 im Rahmen der DZ BANK-Gruppe zur Einhaltung der Prinzipien des UN Global Compact verpflichtet, die United Nations Principles for Responsible Investment (UN PRI) unterzeichnet und hat sich dadurch verpflichtet, Nachhaltigkeitsthemen in die Analyse- und Entscheidungsprozesse im Investmentbereich einzubeziehen. Union Investment zählt zu den ersten Unterzeichnern dieser Richtlinien in Deutschland.

Der Indikator (Prozentsatz der Finanzanlagen) wurde im Berichtsjahr aus Gründen der Datenbasis nicht erhoben.

Kriterien 11 –20: Nachhaltigkeitskonzept

Kriterien 11 –13 zu UMWELTBELANGEN

11. Inanspruchnahme von natürlichen Ressourcen

Die Sparda-Bank Baden-Württemberg eG hat als Dienstleistungsunternehmen im Vergleich zu einem produzierenden Unternehmen vergleichsweise geringe direkte Umweltauswirkungen. Hauptsächlich handelt es sich dabei um die folgenden Aspekte: Energieverbrauch der Gebäude und technischer Geräte, Emissionen des Fuhrparks, Wasserverbrauch durch die Gebäudenutzung, Papierverbrauch und Abfall im Rahmen der Geschäftstätigkeit sowie indirekte Emissionen durch den Dienstreiseverkehr.

Unser Geschäftsmodell ist durch seinen regionalen Bezug auf einen schonenden Umgang mit Ressourcen ausgerichtet. Im Einklang hierzu sind Umwelt- und Klimaschutz sowie der verantwortliche Umgang mit natürlichen Ressourcen fest in unserer Geschäftsstrategie („Schonender Ressourcenumgang“) verankert. Damit ist der Vorstand in das Gesamtkonzept eingebunden. „Schonenden Ressourcenumgang“ haben wir uns zum Ziel gesetzt. Die Maßnahmen, die wir bei Kriterium 12 beschreiben, werden jährlich überprüft.

Hauptansatzpunkt für die Reduzierung von natürlichen Ressourcen stellt hierbei der Energieverbrauch dar, in Verbindung mit den daraus resultierenden Emissionen. Mit Hilfe eines durchgeführten Energieaudits (nach DIN EN 16247-1) werden sukzessive Maßnahmen ergriffen, den Energieverbrauch zu reduzieren. Aufgrund unseres Konzepts konnte durch den optimierten Betrieb der Klimatechnik der fünf größten Standorte in 2017 der Stromverbrauch um mehr als 5 Prozent gesenkt werden.

Um den Umfang der in Anspruch genommenen natürlichen Ressourcen zu messen und eine entsprechende Kontrolle zu ermöglichen, erheben wir maßgebliche Umweltdaten, die wir in den Leistungsindikatoren der Kriterien 11 bis 13 benennen.

Mit dieser Konzeption und den bisher umgesetzten Maßnahmen sehen wir keine Risiken für uns in diesem Bereich.

12. Ressourcenmanagement

Das Ressourcenmanagement der Sparda-Bank Baden-Württemberg eG umfasst zwei Säulen: Maßnahmen im Geschäftsbetrieb und Maßnahmen im Kundengeschäft.

Nachfolgend werden die Maßnahmen im Geschäftsbetrieb beschrieben.

Der Stromverbrauch in unseren Standorten wird hauptsächlich durch den Betrieb von Klima- u. Lüftungsanlagen bestimmt. Hier wurde im Jahr 2017 eine Analyse der fünf größten Standorte durchgeführt, um Ansatzpunkte für Einsparpotentiale zu erkennen. Durch den Einbau moderner Anlagekomponenten und der Optimierung der Betriebszeiten wird der Stromverbrauch reduziert. Ziel dieser Optimierungsmaßnahmen ist es, die Klimatechnik bedarfsgerechter zu betreiben und so Einsparpotentiale zu ermöglichen, die sich auf die Verringerung des Energieverbrauchs und somit auf die indirekt beim Stromerzeuger entstehenden Emissionen auswirken. Weitere Reduzierungen des Stromverbrauches werden durch den steigenden Einsatz von LED-Leuchtmitteln und den Austausch von PCs zu Gunsten von energiesparenden Thin-Clients ermöglicht.

In Bezug auf den Einsatz von Papierprodukten wird seit längerem darauf geachtet, Papier mit entsprechenden Zertifizierungen (EU-Umweltzeichen, FSC) einzusetzen und Lieferanten einzusetzen, die eine nachhaltige Aufforstung und die Pflege der papiergewinnenden Waldbestände konsequent umsetzen. Im Bereich des Kopier- u. Druckerpapiers wurde vom Standardflächengewicht 80-g/m²-Papier umgestellt auf 75-g/m², was ebenfalls zur Reduzierung des Rohstoffverbrauchs führt. Ebenso achten wir beim Einsatz von Hygienepapieren in unseren Standorten auf den Einsatz von FSC-zertifizierten Rohstoffen.

Die Pflanzung eines Baumes in 2017 für jeden Mitarbeiter der Sparda-Bank Baden-Württemberg eG führt in Zukunft zur Bindung von ca. 10 Tonnen CO₂. Im Jahr 2018 ist die Pflanzung eines Baumes für jeden neuen Girokunden geplant. Damit werden ca. 16.000 Bäume von der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald in unserem Auftrag in Baden-Württemberg gepflanzt. Zur Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs wurden in 2017 68 BahnCards und 80 Jobtickets für die Mitarbeiter bezuschusst, die regelmäßig Dienstreisen unternehmen müssen.

Maßnahmen im Kundengeschäft sind: Kooperation mit Ökostrom-Partnern, digitale Angebote wie die Postbox zur Papiereinsparung, das Angebot der Videoberatung, gezielte Ansprache von Förderkrediten zu energieeffizientem Bauen und Sanieren, Angebot nachhaltiger Investmentfonds.

Leistungsindikatoren zu den Kriterien 11 bis 12

2017: Kopierpapier 8,2 Mio. Blatt, entspricht 41,0 Tonnen
Kontoauszugsdruckerpapier 16,4 Mio. Blatt, entspricht 28,9 Tonnen

Stromverbrauch 2017: 3.245.374 kWh

Die verbrauchte Wärmeenergie für die 4 größten Standorte betrug im Jahr 2017 1.640.860 kWh.

Die 4 größten Standorte sind Eigentumsobjekte. Da wir ansonsten hauptsächlich in Mietobjekten arbeiten, haben wir nur wenig Einfluss auf verbrauchoptimierende Maßnahmen. Ab 2018 werden die Verbrauchsmengen aller Standorte erfasst.

In Einklang mit den beiden in Kriterium 1 beschriebenen Handlungsfeldern

- Ökonomisches und sparsames Wirtschaften
 - Schonung und Reduzierung der Inanspruchnahme natürlicher Ressourcen insbesondere im Geschäftsbetrieb
- haben wir Maßnahmen zur Verringerung des Energieverbrauchs entwickelt. In 2018 werden wir Messgrößen einführen, um die Verringerung des Energieverbrauchs quantifizieren zu können.

Der Wasserverbrauch für die 4 größten Standorte betrug im Jahr 2017 5.933 cbm.
Ab 2018 werden die Verbrauchsmengen aller Standorte erfasst.

In 2017 sind 86,17 t Altpapier u. Kartonagen angefallen und konnten dem Recycling-Kreislauf wieder zugeführt werden.

13. Klimarelevante Emissionen

Die klimarelevanten Emissionen der Sparda-Bank Baden-Württemberg eG stehen in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Energieverbrauch in den Filial- u. SB-Filialstandorten. Die Festlegung der aus dem Energieaudit empfohlenen Maßnahmen, die zur Reduzierung des Energieverbrauchs führen sollen, wird in 2018 erfolgen. Durch die Reduzierung des Verbrauchs reduzieren sich damit auch die Emissionswerte, die bei der Stromerzeugung unseres Energieversorgers entstehen.

Unseren Strom beziehen wir derzeit über die Stadtwerke Karlsruhe. Lt. den Informationen des Energieversorgers erfolgt die Stromproduktion über folgenden Energieträgermix:

45,3% erneuerbare Energien, 32,5% Kohle, 9,4% Kernenergie, 1,8% sonstige erneuerbare Energien, 9,6% Erdgas und 1,3% sonstige fossile Energieträger. Die dabei entstehenden CO₂-Emissionen werden dabei mit 370 g/kWh angegeben.

Im Berichtsjahr legten wir den Fokus auf die Verbesserung der Datenqualität. Sobald diese es ermöglicht, werden wir die Festlegung eines quantifizierbaren Ziels prüfen.

Leistungsindikatoren zu Kriterium 13

Keine THG-Emissionen im Bereich Strom und Wärme, da keine eigene Strom- u. Wärmeerzeugung stattfindet.

Der Benzin-/Dieselverbrauch des eigenen Fuhrparks lag im Jahr 2017 bei 40.003,33 l, was einer CO₂-Emission in Höhe von 99,04 t entspricht.

Stromverbrauch 2017: 3.245.374 kWh, entspricht 1.200 t CO₂-Ausstoß

Für Dienstreisen gilt die Vorgabe, dass grundsätzlich öffentliche Verkehrsmittel zu nutzen sind. Dies unterstützen wir durch die zur Verfügung Stellung von 68 Bahncards für Mitarbeiter mit erhöhtem Reiseaufwand. Im Rahmen eines Geschäftskundenprogramms bahn.business wurden die im Jahr 2016 zurückgelegten Personenkilometer mit der Bahn ermittelt. Die für Dienstreisen zurückgelegte Strecke betrug in diesem Zeitraum 700.659 km. Dabei sind die mittels der sechs Bahncard 100 zurückgelegten Kilometer nicht enthalten. Die DB Vertrieb GmbH bescheinigt, dass im Fernverkehr zu 100% Ökostrom eingesetzt wird und somit CO₂-Emissionen vermieden werden.

Wie bei den Kriterien 12 und 13 beschrieben, haben wir Maßnahmen zur Reduzierung des Energieverbrauchs entwickelt, die in 2018 mit Messgrößen unterlegt werden. Dadurch erhoffen wir uns auch eine Reduzierung der Treibhausgasemissionen.

Kriterien 14–20 zu GESELLSCHAFT

Kriterien 14–16 zu ARBEITNEHMERBELANGEN

14. Arbeitnehmerrechte

Abgeleitet aus den strategischen Handlungsfeldern aus Kriterium 1 basiert unser Konzept zu den Arbeitnehmerrechten auf folgender Zielsetzung:

- Die Sparda-Bank Baden-Württemberg eG wird ausschließlich in ihrem Geschäftsgebiet im Bundesland Baden-Württemberg tätig. Als genossenschaftliches Kreditinstitut unterliegen wir dem Tarifvertrag der Sparda-Banken (ausgehandelt von den Sparda-Banken und ver.di/EVG) und den deutschen Arbeitsgesetzen.
- Für alle Beschäftigten der Sparda-Bank Baden-Württemberg eG werden die Normen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) eingehalten. Entsprechend der gesetzlichen Vorgaben ist die Beteiligung und Mitbestimmung der Beschäftigten gewährleistet.
- Die Sicherheit am Arbeitsplatz stellen wir durch die Umsetzung der Vorgaben nach dem Arbeitsschutzgesetz (ArbSchG) sicher.

Darüber hinaus haben wir in verschiedenen Projekten folgende Konzepte entwickelt: Förderung und Entwicklung der mitarbeiterorientierten Unternehmenskultur, Beschwerdemanagement, Beteiligung der Mitarbeiter an Personalentwicklungsprozessen, Grundsätze der Feedbackkultur, Ideenmanagement.

Über unser Vorschlagswesen ist die Beteiligung der Mitarbeiter am Nachhaltigkeitsmanagement sichergestellt.

Maßgebliches Instrument zur Umsetzung ist unser interner Leitfaden „Servicestandards für uns alle“, den wir in einem Förderweg mit den Mitarbeitern entwickelt haben. Die Einhaltung der Standards wird in regelmäßigen Abständen reflektiert. Dabei stellen wir fest, dass die Konzepte gelebt werden und das Zusammengehörigkeitsgefühl gestärkt wird. Dies spiegeln auch unsere Kundenbefragungen wider, die wir in regelmäßigem Turnus durchführen.

Der Bereich Personal ist direkt dem Vorstand unterstellt. Der Vorstand ist diesbezüglich in alle Entscheidungen und personalstrategische Überlegungen einbezogen, insbesondere in die in den Kriterien 14-16 dargestellten Initiativen und Maßnahmen.

Angesichts dieser Maßnahmen sind wir gut aufgestellt und sehen insofern keine wesentlichen Risiken. Unser Konzept wird jährlich überprüft. Im Ergebnis stellen wir fest, dass die Arbeitnehmerrechte eingehalten werden.

15. Chancengerechtigkeit

„Menschen sind besonders dann leistungsfähig, wenn sie sich gerecht behandelt fühlen und im Rahmen ihrer Talente und Neigungen eingesetzt werden.“ Diese Aussage stellt ein Fundament der Personalentwicklung bei der Sparda-Bank Baden-Württemberg eG dar. Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz erfährt deshalb in seiner vollen Geltung Ausdruck und wird gemeinsam von Betriebsrat und Personalleitung regelmäßig überwacht.

Die Gleichbehandlung der Geschlechter sowie deren immaterielle und materielle Gleichbehandlung ist der Bank eine Selbstverständlichkeit. Auch die strikte Beachtung des Gehaltstarifvertrages und die unbedingte Wahrung der betrieblichen Mitbestimmung garantieren die Gleichbehandlung. Dies verdeutlicht auch das Konzept für die Rückkehr von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Elternzeit. Jeder der Rückkehrenden erhält ein Angebot der Sparda-Bank Baden-Württemberg eG für eine Rückkehr. Dies sowohl in Voll- als auch Teilzeit, da der überwiegende Teil der Mitarbeiterinnen (in seltenen Fällen auch Mitarbeiter) den Wunsch nach einer Arbeitszeitreduzierung hat. Das Rückkehrkonzept richtet sich auch an Kolleginnen in Führungspositionen, um auch hinsichtlich einer Führungskarriere weitest möglich Chancengleichheit herzustellen. Arbeitnehmerbelange sowie die Gleichbehandlung von Mann und Frau und deren Chancengleichheit sind der Bank ebenso wichtig wie der Einsatz für Menschen mit einem Handicap. Darüber hinaus beteiligt sich die Bank an den Kinderbetreuungskosten aller Mitarbeiter bis zur Einschulung der Kinder.

Die Sparda-Bank Baden-Württemberg eG hat eine Gleichstellungsbeauftragte. Die Gleichstellungsbeauftragte ist Ansprechpartner für Beschwerden der Beschäftigten, falls ihnen im Rahmen des Beschäftigungsverhältnisses vom Arbeitgeber, von Vorgesetzten, anderen Beschäftigten oder Dritten aus Gründen der Rasse oder wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechtes, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität Benachteiligungen wiederfahren sollten (§§ 1, 13 AGG). Im Jahr 2017 sind keine Beschwerden über Benachteiligungen i.S. des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes bekannt geworden.

Darüber hinaus verfügt das Unternehmen über einen Betriebsrat.

Das Unfallrisiko stellt naturgemäß bei einem Kreditinstitut bei Beachtung der Unfallverhütungsvorschriften keine nennenswerte Rolle dar. Bei gesundheitsgefährdenden Ereignissen wie zum Beispiel Banküberfällen werden die betroffenen Mitarbeiter intensiv therapeutisch betreut und auch nach dem Vorfall weiter mit helfenden Maßnahmen begleitet.

Es gibt auf Verbandsebene regelmäßige Gespräche mit Gewerkschaften zum Thema Gesundheitsschutz. Dabei erhält die Gewerkschaftsseite Einblicke in die Maßnahmen, die zum Erhalt der Mitarbeitergesundheit dienen. Darüber hinaus sichern die Vorgaben des Tarifvertrages sowie die umfassenden freiwilligen Gesundheitsmaßnahmen der Bank das Wohlergehen der Mitarbeiter.

Bei der Gesundheitsvorsorge, in deren Genuss alle Mitarbeiter gleichermaßen kommen, macht schon allein die Vielzahl der Angebote die hohe Bedeutung deutlich: Betriebsarzt, Gruppenunfallversicherung, Beratungsgespräche zur Wiedereingliederung nach längerer Krankheit. Der PME-Familienservice ist ein breitgefächertes Angebot für die Mitarbeiter der Bank, der Unterstützung in allen Lebenslagen bietet. Kostenlos erhalten Mitarbeiter Beratung und praktische Unterstützung bei der Kinderbetreuung, dem homecare – eldercare und Lebenslagencoaching. Rund um die Uhr ist für den Erstkontakt eine Hotline geschaltet, sodass die Mitarbeiter der Sparda-Bank sehr schnell konkrete Hilfe erfahren. Die Arbeitsplätze in der Bank werden systematisch auf medizinische und ergonomische Optimierung hin evaluiert.

16. Qualifizierung

Für Veränderungsprozesse bei der Sparda-Bank Baden-Württemberg eG sind die Mitarbeiter und somit eine strategisch ausgerichtete und bedarfsorientierte Personalentwicklung (PE) zentrale Erfolgsfaktoren. Vor diesem Hintergrund legen wir auf die Qualitätssicherung durch ein hohes Maß an Professionalität in der Personalplanung und -entwicklung Wert. PE umfasst jegliche Maßnahme bzw. jegliches Instrument, das dazu dient die Fachkompetenz und/oder die Sozialkompetenz des einzelnen Mitarbeiters zu erhöhen. PE soll dafür sorgen, dass jederzeit Mitarbeiter mit den erforderlichen Qualifikationen zur Verfügung stehen und dass eine Führungskultur etabliert und gepflegt wird, die den Mitarbeitern Identifikations- und Entwicklungsmöglichkeiten bietet und die operativen und strategischen Ziele des Unternehmens aktiv unterstützt. Weg von Verwaltungs-Personalaufgaben hin zum Human-Ressource-Management als existentieller unternehmerischer Erfolgsfaktor.

Der Erfolg der Sparda-Bank Baden-Württemberg beruht nicht zuletzt auf einem konsequenten Leben der unternehmenskulturellen Werte sowie der konsequenten Ausrichtung auf den Slogan „Direktbank mit Filialen“, was neben einer stetigen Digitalisierung ganz besonders der Produktivitätssteigerung Rechnung trägt. Dies hat für die Anforderung an den Mitarbeitertyp große Auswirkungen, die sich in einer intensiven Konzentration auf die richtige Mitarbeiterpassung niederschlagen. Es erfordert einen Mitarbeitertyp, der sich in seinen Werten, seiner Qualifikation, Methodik und Leistungsorientierung erheblich vom üblichen Typus „Banker“ unterscheidet. Um diese Kompatibilität der Mitarbeiter sowohl fachlich, methodisch aber auch ideell sicherzustellen, wird seit dem Jahr 2000 einer kontinuierlichen Entwicklung der Auszubildenden und Mitarbeiter gegenüber der externen Rekrutierung am Arbeitsmarkt der eindeutige Vorrang eingeräumt.

Es gilt bei Stellenbesetzungen im Fach- und Führungsbereich immer der Grundsatz: „Intern vor Extern“. Dies schlägt sich auch in einer Azubi-Übernahmequote von ca. 90 % gemessen an den letzten 15 Jahren nieder.

Flankiert wird dies durch umfangreiche Weiterentwicklungsmöglichkeiten in fachlichem, methodischem und persönlichem Fokus. Dieser Förderweg als Beispiel, der ausnahmslos allen Mitarbeiter der Bank offensteht, stärkt und unterstützt die persönliche und berufliche Entwicklung der Teilnehmer. Ziel ist es, den Absolventen die Tür zu einer „Spezialisten- oder Führungskarriere“ bei der Sparda-Bank Baden-Württemberg eG zu öffnen. Der Förderweg ist eine mehrstufige „Lernkette“, umfasst eine Zeitspanne von ca. 28 Monaten und wird durch eine Verknüpfung von Selbstlernphasen (Bearbeitung von WebBasedTrainings, Austausch in Diskussionsforen und Arbeiten in Projekten) sowie durch Präsenzveranstaltungen dargestellt.

Die ständige Weiterbildung und die Förderung der Mitarbeiter sind feste Bestandteile der Mitarbeiterbindung. Die Maßnahmen werden durch dokumentierte Leistungsscheine und durch die Compliance-Abteilung kontrolliert.

Leistungsindikatoren zu den Kriterien 14 bis 16

Die Sparda-Bank verzeichnete in 2017 6922 Krankentage mit Lohnfortzahlung und 2769 Tage ohne Lohnfortzahlung. Dies ergibt eine Krankenquote von 6,3 %.

Für alle Beschäftigten der Sparda-Bank Baden-Württemberg eG werden die Normen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) eingehalten. Entsprechend der gesetzlichen Vorgaben ist die Beteiligung und Mitbestimmung der Beschäftigten gewährleistet. Die Sicherheit am Arbeitsplatz stellen wir durch die Umsetzung der Vorgaben nach dem Arbeitsschutzgesetz (ArbSchG) sicher.

Es gibt auf Verbandsebene regelmäßige Gespräche mit Gewerkschaften zum Thema Gesundheitsschutz. Dabei erhält die Gewerkschaftsseite Einblicke in die Maßnahmen, die zum Erhalt der Mitarbeitergesundheit dienen. Darüber hinaus sichern die Vorgaben des Tarifvertrages sowie die umfassenden freiwilligen Gesundheitsmaßnahmen der Bank das Wohlergehen der Mitarbeiter.

Bei der Gesundheitsvorsorge, in deren Genuss alle Mitarbeiter gleichermaßen kommen, macht schon allein die Vielzahl der Angebote die hohe Bedeutung deutlich: regelmäßige betriebsärztliche Untersuchungen, Gruppenunfallversicherung bei der DEVK, Beratungsgespräche zur Wiedereingliederung nach längerer Krankheit und ein Familienservice, Kinderbetreuung, vergünstigte Fitnessangebote und ein Lebenslagen-Coaching. Dies soll sicherstellen, dass auch ältere Mitarbeiter aktiv in gesunder Lebensführung unterstützt werden.

Die Sparda-Bank Baden-Württemberg eG bietet umfangreiche Weiterentwicklungsmöglichkeiten mit fachlichem, methodischem und persönlichem Fokus an. Das Weiterbildungs-Konzept berücksichtigt sowohl Inhouse-Weiterbildungsmaßnahmen als auch Maßnahmen unserer Kooperationspartner wie DEVK, BHW, TeamBank, Union Investment und Credit Life und externe Weiterbildungsmaßnahmen. In 2017 waren dies insgesamt 437 Tage (durchschnittlich 4,3 Stunden je MA). Mitarbeiter, die sich privat aber im Rahmen ihrer beruflichen Orientierung weiter qualifizieren, erfahren neben einer Qualifizierungsberatung sowohl finanzielle Förderung als auch die Gewährung von Sonderurlaubstagen. Insgesamt hat die Sparda-Bank Baden-Württemberg eG in 2017 930 TEUR in die Weiterbildung der Mitarbeiter investiert.

Der Aufsichtsrat setzt sich zusammen aus gewählten Repräsentanten der Mitglieder sowie aus den Arbeitnehmervertretern. Er bestand zum 31.12.2017 aus 11 Männern und 4 Frauen.

Die Sparda-Bank hat 65,5% weibliche und 34,5% männliche Mitarbeiter. Die Teilzeitquote beträgt 29,9%. Die Ausbildungsquote liegt bei 5,5%. Das Durchschnittsalter beträgt 42,3 Jahre.

Die Altersstruktur gliedert sich wie folgt:

Unter 30 Jahre: 130 Mitarbeiter

30 bis 40 Jahre: 138 Mitarbeiter

40 bis 50 Jahre: 211 Mitarbeiter

50 bis 60 Jahre: 162 Mitarbeiter

Über 60 Jahre: 21 Mitarbeiter

Die durchschnittliche Betriebszugehörigkeit beträgt 17,1 Jahre mit stetig steigender Tendenz. Dies dokumentiert eine große Mitarbeiterzufriedenheit.

Es sind keine Diskriminierungsvorfälle bekannt.

Kriterium 17 zu MENSCHENRECHTEN

17. Menschenrechte

Für die Sparda-Bank Baden-Württemberg eG gehört die Achtung der Menschenrechte zu den Grundwerten. Zwangs- oder Kinderarbeit lehnen wir entschieden ab. Wir vermeiden es in unserer täglichen Arbeit, mit entsprechenden Unternehmen zusammenzuarbeiten. Wir vergeben Aufträge vornehmlich an ortsansässige kleine und mittlere Unternehmen. Unser Kerngeschäft ist das Beraten von Privatkunden sowie die Vermittlung und der Verkauf von Bankprodukten und ist somit von Lieferkettenrisiken, wie sie etwa bei produzierenden Industrieunternehmen bestehen, nicht direkt betroffen. Allerdings können wir nicht mit hundertprozentiger Sicherheit ausschließen, dass auch bei uns Materialien oder Produkte, wenn auch nur in sehr geringen Mengen, aus Ländern eingesetzt werden, die in den Herkunftsländern unter nicht akzeptablen Bedingungen abgebaut bzw. produziert werden.

Als genossenschaftliches Kreditinstitut unterliegen wir dem Sparda-Tarifvertrag, der sich am genossenschaftlichen Flächentarifvertragswerk und den deutschen Arbeitsgesetzen orientiert, sodass in unserer wesentlichen Geschäftstätigkeit kein Risiko von Menschenrechtsverletzungen besteht.

Aufgrund dieser geringen Risikolage sehen wir keine Notwendigkeit, ein separates Konzept zum Thema Menschenrechte zu entwickeln.

Leistungsindikatoren zu Kriterium 17

Aus den bei Kriterium 17 genannten Gründen (geringe Risikolage) wird der Indikator nicht erhoben.

Wir vergeben Aufträge vornehmlich an ortsansässige kleine und mittlere Unternehmen aus der Region. In unserer Geschäftstätigkeit sehen wir keine wesentlichen Risiken. Daher erheben wir diesen Indikator nicht.

Die Sparda Bank Baden Württemberg eG hat ihre Geschäftsstandorte ausschließlich in Baden-Württemberg. Eine Prüfung im Hinblick auf Menschenrechte oder menschenrechtliche Auswirkungen wird deshalb nicht vorgenommen.

Das Einhalten aller menschenrechtsrelevanten Gesetze steht bei der Sparda-Bank Baden-Württemberg eG außer Frage.

Die Sparda-Bank Baden-Württemberg eG arbeitet überwiegend mit Lieferanten aus Baden-Württemberg zusammen. Deshalb wird eine Überprüfung neuer Lieferanten hinsichtlich Menschenrechtskriterien nicht vorgenommen.

Wir wählen unsere Lieferanten sorgfältig unter regionalen Gesichtspunkten aus. Meist handelt es sich um langjährige Geschäftsbeziehungen. Wir erheben daher diesen Indikator nicht.

Die Sparda-Bank Baden-Württemberg eG unterhält ausschließlich Geschäftsstellen in Baden-Württemberg. Bisher sind uns keine Vorfälle bekannt.

Kriterium 18 zu SOZIALES/GEMEINWESEN

18. Gemeinwesen

Die regionale Förderung ist ein wichtiger Schwerpunkt des Wirkens der Sparda-Bank Baden-Württemberg eG. Die Sparda-Bank Baden-Württemberg eG trägt der genossenschaftliche Grundgedanke des Helfens. Denn so ist sie entstanden: Aus dem 1896 in Karlsruhe gegründeten „Spar- und Vorschuss-Verein der badischen Eisenbahnbeamten“ sowie dem 1899 gegründeten „Spar- und Darlehensverein von Angehörigen Württembergischer Verkehrsanstalten Stuttgart“. Soziales und kulturelles Engagement ist für die regional verwurzelte Sparda-Bank seit jeher fester Bestandteil der Unternehmensphilosophie. Aus diesem Grund hat die Sparda-Bank Baden-Württemberg eG ein Konzept mit vier gemeinnützigen Einrichtungen/Stiftungen ins Leben gerufen: Die Stiftung Bildung und Soziales, die Stiftung Kunst und Kultur, die Otto-Hajek Stiftung – eine Stiftung zum Erhalt von Otto-Herbert-Hajek-Kunstwerken – und den Gewinnsparverein der Sparda-Bank Baden-Württemberg eG.

Stiftungsratsvorsitzender und Stiftungsvorstand, die über die Förderung von Projekten entscheiden, sind gleichzeitig auch im Vorstand der Bank vertreten. Die Abwicklung der Spendenprozesse wird durch die Verwaltung und Marketing sichergestellt.

Jedes Jahr unterstützt die Genossenschaftsbank mit ihrem Gewinnsparverein und ihren Stiftungen Kommunen, Vereine, Initiativen und Menschen in ihrer Region. Die Spendensumme belief sich für das Jahr 2017 auf rund 4,9 Millionen Euro.

Die hier dargestellte Gesamtkonzeption wird jährlich im Hinblick auf ihre Wirksamkeit überprüft.

Der Gewinnsparverein der Sparda-Bank Baden-Württemberg eG ist praktizierte Nachhaltigkeit. Das dauerhafte soziale und kulturelle Engagement der Sparda-Bank Baden-Württemberg eG speist sich aus den Reinerlösen des Gewinnsparvereins, durch den die Kunden Gewinnsparlose erwerben können. Auch die Stiftungen Bildung und Soziales, Kunst und Kultur und die Otto-Hajek Stiftung der Sparda-Bank Baden-Württemberg speisen ihre Fördermittel aus dem Gewinnsparverein. Die Sparda-Bank Baden-Württemberg eG stellt die Infrastruktur zum Erwerb der Gewinnsparlose zur Verfügung, beschäftigt Mitarbeiter, die sich um die Bewerbung und Kommunikation der Gewinnsparlose als auch der Stiftungs- und Gewinnsparverein-Projekte kümmert und entscheidet je nach Stiftungszweck, ob und welche Projekte gefördert werden.

Unser Konzept sieht Projekte vor, die langfristige Verbesserungen bringen. Die Mittel aus dem Gewinnsparverein werden dort eingesetzt, wo sie erwirtschaftet wurden. Sie bleiben im Bundesland. Beispiele sind etwa die Kindernachsorgeklinik in Tannheim, das Blaue Haus des Fördervereins krebskranker Kinder e. V. Stuttgart oder die Medienkompetenzinitiative SpardaSurfSafe für Schülerinnen und Schüler sowie deren Eltern in Baden-Württemberg. Ein wichtiges Förderprojekt der Sparda-Bank Baden-Württemberg eG und dessen Stiftung Bildung und Soziales ist auch die Kinderturnstiftung Baden-Württemberg. Unsere Vision: Jedes Kind soll die Möglichkeit haben, sich gesund zu entwickeln. Seine Gesundheit soll durch eine gute Bewegung nachhaltig gefördert werden.

Der baden-württembergweite Schulförderwettbewerb Spardalmpuls unterstützt besondere Schulprojekte – 2017 in den drei an Nachhaltigkeit ausgerichteten Kategorien „Soziales“, „Umwelt, Natur, Klima“ und „Beruf und Wirtschaft“. Die Kooperation mit dem Börsenverein des Deutschen Buchhandels e.V. und dem Vorlesewettbewerb sorgt für nachhaltigen Spaß beim Lesen und damit für eine nachhaltige Bildungsentwicklung. Aus den vom Gewinnsparverein zur Verfügung stehenden Mitteln stehen zudem insgesamt 200.000 Euro den einzelnen Sparda-Filialen für Spenden an gemeinnützige Einrichtungen in ihrer jeweiligen Region zur Verfügung.

Bei dem genossenschaftlichen Geschäftsmodell der Sparda-Bank Baden-Württemberg eG stehen die Interessen der Mitglieder und der Menschen in unserer Region im Vordergrund. Der hohe Prozentsatz an Mitgliedern unter den Kunden (75,6%) zeigt, dass die Menschen mit der Kultur des Gemeinwohls, wie sie in unserem Haus gepflegt wird, zufrieden sind. Diese enge Verbundenheit von Mitarbeitern, Mitgliedern und Kunden schafft ein Klima des Vertrauens, von dem nicht nur die große Sparda-Familie profitiert, sondern auch viele soziale Institutionen und Projekte.

Die Überwachung des gesamten Gemeinwesen-Konzepts erfolgt durch den Vorstand. Die operative Verantwortung liegt beim Bereich Marketing, der dem Vorstand regelmäßig berichtet. Die Herkunft der Spendengelder ist breit gestreut. Daher sehen wir keine Risiken.

Die gesellschaftliche Verantwortung der Sparda-Bank Baden-Württemberg eG setzt sich mit der Qualifizierung junger Auszubildender fort. Die Auszubildenden haben bei der Sparda-Bank Baden-Württemberg eG traditionell beste Aussichten auf eine Festanstellung. Die Zahl der Angestellten der Sparda-Bank Baden-Württemberg eG blieb in den zurückliegenden Geschäftsjahren konstant.

Leistungsindikatoren zu Kriterium 18

Im Jahr 2017 ergab sich eine Spendensumme in Höhe von rund 4,9 Millionen Euro. 200.000 Euro stehen insgesamt allein den Sparda-Filialen für Spenden an gemeinnützige Einrichtungen in ihrer Region zur Verfügung. Der Restbetrag wird über die Stiftungen der Sparda-Bank Baden-Württemberg eG und deren Gewinnsparverein verteilt.

Bilanzsumme per 31.12.2017:	13.473.953 TEUR
Haftendes Eigenkapital/Eigenmittel:	895.692 TEUR
Jahresergebnis vor Steuern:	42.280 TEUR
Gewinnabhängige Steuern:	17.188 TEUR

Kriterien 19–20 zu COMPLIANCE

19. Politische Einflussnahme

Die für Banken relevanten Gesetze sind u.a. KWG, WpHG, GwG sowie zahlreiche weitere Gesetze und Bestimmungen mit Bezug zum Finanzdienstleistungssektor.

Unser Konzept verfolgt folgende Ziele, die wir jährlich betrachten:

Die Sparda-Bank Baden-Württemberg eG wahrt politische Neutralität und nimmt daher selbst keinen direkten politischen Einfluss. Wir sehen uns unserem genossenschaftlichen Auftrag verpflichtet. Wir tätigen keine Spenden oder Zuwendungen an Regierungen, Parteien, Politiker oder mit ihnen verbundenen Einrichtungen.

Im Rahmen des demokratischen Meinungsbildungsprozesses bringt sich die Sparda-Bank Baden-Württemberg eG über ihren Spitzenverband, den BVR, ein. Der BVR nimmt die Interessenvertretung der Genossenschaftsbanken insbesondere bei geschäftspolitischen, kreditwirtschaftlichen und aufsichtsrechtlichen Fragen gegenüber der Politik und zuständigen Regulierungs- und Aufsichtsbehörden auf nationaler und europäischer Ebene wahr.

Die Sparda-Bank Baden-Württemberg eG ist zudem über ihren zuständigen Prüfungsverband vertreten. Dazu beteiligt sich der Verband mit Stellungnahmen und schriftlichen Eingaben an Anhörungen und Konsultationen, führt Gespräche mit Ministern, Abgeordneten sowie Wirtschaftsvertretern und fördert den Austausch seiner Mitglieder mit der Politik.

Wir halten uns an Recht und Gesetz. Wir haben ein umfassendes Compliance-System etabliert. Grundsätzlich zuständig für die verschiedenen Compliance-Themen ist der Gesamtvorstand. Nähere Einzelheiten zu unserem Compliance-System sind in Kriterium 20 beschrieben.

Mit diesem Gesamtkonzept sehen wir für unsere Bank keine Risiken, da wir keine eigene direkte Lobbyarbeit betreiben.

Leistungsindikatoren zu Kriterium 19

Die Sparda-Bank Baden-Württemberg eG tätigt keine Spenden oder Zuwendungen an Regierungen, Parteien, Politiker oder mit ihnen verbundenen Einrichtungen.

20. Gesetzes- und richtlinienkonformes Verhalten

Grundsätzlich dient die gesamte von der Bank implementierte Aufbau- und Ablauforganisation auch der Manifestierung eines internen Kontrollsystems. Beispielhaft kann man aufzählen:

Geschenkerichtlinie, Whistle-Blowing-Meldeverfahren, Grundsätze für Interessenkonflikte, Vertriebsgrundsätze, Vergütungsgrundsätze, Leitlinien für Beschwerden, Vorgaben für die Zuverlässigkeit von Mitarbeitern usw.

Die Einhaltung von Regeln und gesetzlichen Vorgaben wird durch die Implementierung von verschiedenen Anweisungen und Verfahren zur Minderung von Fehlerrisiken sowie durch prozessabhängige und prozessunabhängige Kontrollen sichergestellt. Sanktionsmechanismen werden dabei bereits durch umfangreiche Sanktions- und Bußgeldkataloge in für die Bank geltenden Gesetzen und Verordnungen vorgegeben, welche durch organisatorische und arbeitsrechtliche Mechanismen bankintern ergänzt werden.

Da es bei Compliance um die Unternehmenskultur für die Einhaltung von Regeln geht, sind alle Mitarbeiter unserer Bank zuständig. Um den wesentlichen Risiken aus einer Nichteinhaltung rechtlicher Regelungen und Vorgaben entgegenzuwirken, hat die Bank eine zentrale, selbständige Abteilung eingerichtet. Die Abteilung Compliancemanagement und Beauftragtenwesen ist direkt dem Vorstand unterstellt. Sie verantwortet die Funktionen MaRisk-Compliance, WpHG/MaComp-Compliance, Prävention gegen Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung, Finanzbetrug und sonstige strafbare Handlungen, ist Ansprechpartner mit Überwachungsfunktion für Ombudsmannvorgänge sowie für Kundenbeschwerden und Ansprechpartner für das eingerichtete Whistle-Blowing-Hinweisgebersystem.

Darüber hinaus gibt es den Beauftragten zu den Themen Informations- bzw. IT-Sicherheit, Datenschutz und (Arbeits-) Sicherheit.

Insbesondere im Rahmen der Umsetzung von neuen und sich ändernden Gesetzen und Vorgaben ist die Compliance-Abteilung in die Projektarbeit eingebunden und übernimmt diesbezüglich für die Geschäftsleitung und Führungskräfte der Bank Beratungs- und Unterstützungsaufgaben sowie eine Überwachungsfunktion. Zusätzlich wird regelmäßig für alle Mitarbeiter mittels Webinare zu den Themen Geldwäsche- und Betrugsprävention, Datenschutz- und Informationssicherheit, MaComp-Wohlverhaltensregeln sowie Sicherheit in der Bank das Bewusstsein für diese Themen sensibilisiert. Unsere Auszubildenden erhalten darüber hinaus Präsenzs Schulungen.

Leistungsindikatoren zu Kriterium 20

Im Rahmen der jährlichen Risikoanalyse hinsichtlich Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und sonstiger strafbarer Handlungen werden alle Betrugs- und Korruptionsrisiken auf Ebene der Gesamtbank erfasst und bewertet. Adäquate Sicherungsmaßnahmen werden vorgenommen.

Es sind keine Korruptionfälle für das Geschäftsjahr 2017 bekannt.

Im Jahr 2017 wurden gegen die Sparda-Bank Baden-Württemberg eG keine Bußgelder und keine nicht-monetären Strafen wegen einer Nichteinhaltung von Gesetzen verhängt.

Impressum

Herausgeber..... Sparda-Bank Baden-Württemberg eG
Verantwortlich für den Inhalt Vorstand der Sparda-Bank Baden-Württemberg eG
Redaktion..... Andreas Küchle, Sparda-Bank Baden-Württemberg eG
Gestaltung, Druckvorstufe Communicon Werbeagentur GmbH, Ludwigsburg
Bilder..... iStock, Shutterstock

**Sparda-Bank
Baden-Württemberg eG**

Am Hauptbahnhof 3
70173 Stuttgart

Sparda-Bank

sparda-bw.de